

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1985
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Nordrhein-Westfalen

**„Positionen und Ziele liberaler Politik
für Nordrhein-Westfalen“**

(Beschlissen auf dem a.o. Landesparteitag
in Gütersloh am 15. Dezember 1984)

Sag JA!

Positionen und Ziele liberaler Politik für Nordrhein-Westfalen

Landespolitisches Programm der Freien Demokratischen Partei

Das Maß der persönlichen und privaten Freiheit im Staat entscheidet über Fortschritt, Wohlstand und Sicherheit. Freiheit schafft den Wettbewerb der Ideen und Leistungen in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, der uns voran bringt. Wir dürfen uns nicht auf hehre Verfassungsgrundsätze oder ein allgemeines Freiheitsgefühl zurückziehen. Auf die konkrete Ausgestaltung der Freiheit kommt es an.

Die SPD will mehr Kollektiv und Staat; persönliche Freiheit wird zur Restgröße. Die CDU versucht sich in einer Art Doppelrolle für beides einzusetzen. Was die Grünen wollen, wissen sie selbst nicht. Wir Freien Demokraten werden unser ganzes Gewicht für die persönliche und private Freiheit in die Waagschale werfen. Ohne Liberale kann deshalb Politik auf Dauer nicht gut gehen.

Wir wollen wieder mehr machen aus den Kräften unseres Landes, aus der Intelligenz seiner Menschen, aus ihrem Wagemut, aus ihren Fähigkeiten und ihrer Leistungsbereitschaft. Diese Eigenschaften haben das Land beim Wiederaufbau nach dem 8. Mai 1945 an die Spitze der Bundesrepublik gebracht. Dieser Spitzenplatz ist längst verloren. Wir brauchen einen neuen Wiederaufbau. Wir wollen wieder an die Spitze.

Nordrhein-Westfalen darf nicht weiter abrutschen. Wir Freien Demokraten wollen den Menschen in Nordrhein-Westfalen wieder bessere Lebens- und Entwicklungschancen geben. Wir wollen Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne bringen.

Nordrhein-Westfalen braucht den neuen Generationenvertrag zwischen den Jungen und den Älteren, ein neues Bündnis zwischen neuen Technologien, Wirtschaft und Natur. Wir setzen auf die Tüchtigen,

die Vertrauen in die Kraft der Freiheit haben.

Wir betrachten uns als Wellenbrecher gegen unverantwortlich ausgeübte Staats- oder Verbandsmacht, gegen Gleichmacherei, gegen die Bequemen und Übersättigten, die das Leistungsprinzip und den Wettbewerb ausschalten wollen.

Eine liberale Politik für Nordrhein-Westfalen verlangt:

- mehr Marktwirtschaft und Eigeninitiative,
- weniger Staat, mehr private Leistung und Verantwortung,
- konsequenten Umweltschutz und
- Zukunftschancen in Schule, Hochschule und Beruf.

Erst liberale Wirtschaftspolitik schafft den Raum für liberale Grundwerte.

Wir Freien Demokraten wollen im bürgerlichen Lager das marktwirtschaftliche Gewissen Nordrhein-Westfalens sein. Wir wollen im Einklang mit dem Bund für den Aufschwung sorgen.

Wir wenden uns an die Unternehmer, leitenden Angestellten und freien Berufe, an die Leistungsträger in allen Berufen, die es leid sind, daß ihnen die Lust an persönlicher Leistung weggesteuert wird.

Wir wenden uns an die Arbeiter und Angestellten, die es leid sind, unter den Plakaten: „Du bist ein Streikbrecher“ und den Methoden des Arbeitskampfes aus dem vorigen Jahrhundert ihren Kopf beugen müssen. Sie haben ein Recht auf Arbeit.

Wir wenden uns an die Wissenschaftler und Forscher, die es leid sind, sich von einer kleinmütigen Wissenschaftsbürokratie gängeln zu lassen.

Wir wenden uns an die Landwirte, die zu Unrecht ständig Prügel beziehen, weil sie angeblich das Land zerstören.

Wir wenden uns an die jungen Leute, de-

nen die Tür in die Arbeitswelt verschlossen bleibt, weil die Gewerkschaften nur die Arbeitsplätze derjenigen sichern, die Arbeit haben.

Wir wenden uns an die Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die Parteiklüngel, Gängelei und Mißachtung des Leistungsprinzips nicht länger mit ansehen wollen.

Wir wenden uns an alle Menschen, denen die Sprechblasen der selbsternannten Sitten- und Tugendwächter in Politik und Medien zum Halse heraushängen.

Wir wenden uns an die Bürger, denen eine intelligente Marktwirtschaft lieber ist, als die Heuchelei einer Parteibuch-, Pfründen- und Privilegiengesellschaft, in der in Partei und öffentlichen Ämtern abgesicherte Funktionäre soziale Mißstände und Arbeitslosigkeit vermarkten.

Wir sind gegen diejenigen, die in ihren Sesseln sitzen und gut davon leben, die Unzulänglichkeiten der Welt zu beweinen. Wir setzen auf Optimismus statt auf Pessimismus. Wir wollen die Chancen, die neue Technologien für die Umwelt und die Sicherheit der Arbeitsplätze bieten, zuversichtlich ergreifen.

Wir glauben nicht an die marktwirtschaftliche Konsequenz der CDU in Nordrhein-Westfalen, die zwischen Sozialausschüssen und Wirtschaftsrat hin und her pendelt.

Wir halten die SPD und die Grünen für eine antitechnologische Bewegung. Sie können nicht begeistern für Leistung und Fortschritt. Wer nur grundsätzlich dagegen ist, wird weder die Mittel noch die notwendigen Alternativen haben, um unsere industrielle Leistungsgesellschaft erhalten zu können. Es geht nicht um Blockade, es geht darum, mehr aus unserem Land zu machen.

F.D.P.

Die Liberalen

Wir sind gegen die Politik der geschlossenen Gesellschaft, ob an der Ruhr oder im öffentlichen Dienst. Wir sind gegen das Kartell der Lähmung und der Subventionen, das die Märkte gegen den Wettbewerb abschotten will. Wir sind gegen eine Politik, die einseitig Arbeitsbesitzende privilegiert und die, die keine Arbeit haben, ausschließt.

Wir Freien Demokraten wollen nicht, daß erneut eine Politik gemacht wird die

- das wirtschaftlich Vernünftige und Machbare ständig unterschätzt,
- den Einfluß gesellschaftlicher Gruppen, der Gewerkschaften und Parteien weiter zu Lasten des einzelnen Bürgers ausbaut,
- den einzelnen entmündigt, seine Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft

Mehr Marktwirtschaft durch Eigeninitiative

Das Kennzeichen einer gutfunktionierenden Wirtschaft ist der Wandel. Wer ihn aufhalten will, kämpft gegen Windmühlenflügel. Jeder einzelne soll mit seiner Arbeit die Chance des Erfolges haben; nur so werden wir alle vorankommen. Zukunft und Sicherheit gibt es nur für den, der sich an die Spitze der Entwicklung stellt. Und die einzige Schubkraft zur Spitze ist der Wettbewerb.

Wirtschaft kann man deshalb nicht auf dem ideologischen Standfoto betrachten und hier und da retuschieren. Wer so denkt, kann nur Krisen verwalten. Wirtschaft ist Bewegung, ist ein ständiger Prozeß.

Nur durch ständigen Wandel werden wir die Wachstumsprobleme lösen, sichere und umweltfreundlichere Technologien entwickeln und durchsetzen. Der Strukturwandel bringt keine unlösbaren Probleme mit sich, wenn zugleich die Chancen, die er bietet, genutzt werden. Dies ist die Aufgabe des einzelnen und der privaten Wirtschaft. Der Staat ist, unabhängig vom politischen System, dazu nicht in der Lage und überfordert.

Wir Freien Demokraten halten deshalb nichts von den Rezepten, die die wirtschaftlichen Probleme des Landes durch staatliche Beschäftigungsprogramme und künstliche Ausweitung öffentlicher und sozialer Dienste lösen wollen.

Bekanntnis zur Wachstumspolitik

Wir Freien Demokraten bekennen uns zu einer Wachstumspolitik durch:

- Wiederbelebung der Marktkräfte durch Anreiz für mehr Mobilität und Flexibilität, Rückführung der staatlichen Wirtschaftsaktivitäten auf private Unternehmen, stärkere Rücksichtnahme der Tarifvertragsparteien auf die Vollbeschäftigung;
- marktkonforme Anreize für Innovationen und Wachstum durch Förderung von Forschung, Technologietransfer, Abbau von Unsicherheiten und Stärkung des Zukunftsvertrauens durch eine stetige Politik, Festigung wachstumsorientierter Einstellungen und Wertvorstellungen;
- Reduzierung der Auflagen und der Abgabenlast durch Dämpfung der Unternehmensbesteuerung und der Unternehmensbelastung, Rückführung der Staatsfähigkeit auf das notwendige Minimum, Konsolidierung der Staatsfinanzen, Durchforstung innovationshemmender Auflagen;
- Reduzierung der Produktionskosten

als unsolidarisch diffamiert, — den Mut zur Lösung ökologischer Probleme durch Forschung, Wissenschaft und Technik diskreditiert.

Liberaler Politik für Nordrhein-Westfalen soll sich nicht auf die Wirtschaft allein beziehen, sondern auf eine lebenswerte Umwelt, auf die Gestaltung der Arbeit, auf das Selbstverständnis unseres Landes. Wir glauben an das Bündnis zwischen neuen Technologien, neuen Sozialbeziehungen und unternehmerischem Wagemut.

Wirtschaftspolitik ist auch Sozialpolitik, denn Solidarität heißt die Leistungsfähigen stärken, damit diese für die Schwächeren eintreten können. Wer dagegen voller Neid Leistung bestraft und gleich-

durch Harmonisierung des Lohnkostenanstiegs mit der Produktivität, Differenzierung der Lohnrelation, relativer Abbau der Lohnnebenkosten.

Mittelstandspolitik — Politik zur Selbständigkeit

Wir Freien Demokraten sehen in der Selbständigkeit eine besondere Möglichkeit, eigene Ideen und Vorstellungen selbstverantwortlich und mit Gewinnerwartung zu realisieren.

Wir wollen deshalb eine Selbständigenpolitik, die

- das persönliche Risiko als elementaren Bestandteil der Selbständigkeit und der Freiheit bejaht;
- Leistung und Erfolg im Wettbewerb als bestimmende Faktoren des persönlichen Einkommens begreift;
- die Betriebe als eine Interessengemeinschaft von Inhaber und Mitarbeitern betrachtet, die für den gemeinsamen Vorteil arbeitet.

Die Erfahrung lehrt, daß kleine und mittlere Unternehmen aufgrund ihrer besonderen Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit vor allem in der Zukunft eher in der Lage sind, konjunkturelle Schwankungen auszugleichen und durchzustehen sowie neue Märkte zu erschließen als Großbetriebe. Diese mittelständischen Betriebe sind Garanten für kontinuierlichen Strukturwandel. Zugleich wird durch mittelständische Betriebe und freiberufliche Praxen eine hohe Ausbildungskapazität für die Jugend zur Verfügung gestellt.

Mittelstandspolitik ist deshalb Schwerpunkt liberaler Wirtschaftspolitik.

Forderungen liberaler Mittelstandspolitik sind:

- Einführung eines linearen Progressionstarifs mit Absenkung des Spitzensteuersatzes auf weniger als 50 Prozent bei gleichzeitigem Abbau von Finanzhilfen und Steuersubventionen;
- Abschaffung der Gewerbesteuer;
- verbesserte Abschreibungsregelungen und steuerstundende Investitionsrücklagen;

Technologische Herausforderungen aktiv annehmen

Wir müssen die technologische Herausforderung offensiver annehmen. Es ist höchste Zeit für eine Politik, die der Bevölkerung die Angst vor der Zukunft nimmt und die Chancen der neuen Technologien aktiv nutzt. Die in Nordrhein-

macherische Umverteilung betreibt, wird bald vergeblich nach Verteilungsmasse ausschauhaken und statt dessen Schulden machen und so auf Kosten seiner Kinder und Kindeskinde leben.

Wirtschaftspolitik ist auch Umweltpolitik, denn erst die Modernisierung der Unternehmen schafft eine saubere Umwelt durch ein neues Bündnis zwischen Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Natur.

Umweltschutz läßt sich nur mit, nicht gegen die Wirtschaft durchsetzen, wenn wir auch weiterhin Zukunftschancen für alle wollen.

Wir wollen mit unserer Politik für Nordrhein-Westfalen einen neuen Anfang machen.

— schnelle Verabschiedung einer Steuerreform mit Entlastung des Mittelstandes; angemessene Maßnahmen zur Förderung neuer Existenzen;

— Rückstellungen für zukünftige Forschungen, Bereitstellung der Ergebnisse staatlicher Forschung, Auftragsforschung zu erträglichen Preisen und eine angemessene Risikobewertung;

— Veränderung des Vergaberechts mit Losen für kleine Unternehmen.

Wir wenden uns gegen die mittelstandsfeindlichen gesetzlichen und bürokratischen Hemmnisse mit all ihrer Papierflut. Wir sind gegen Versuche, Betriebe aus der Stadt zu vertreiben und an den Stadtrand zu verbannen. Wir wollen ihre Standorte in den Städten und Gemeinden durch ein Nebeneinander von Arbeiten und Wohnen sichern, das oft in einer langen Tradition gewachsen ist. Dazu brauchen wir eine enge Verzahnung von Bauplanungs- und Umweltrecht.

Selbständige nicht Zahlmeister der Nation

Die kleinen und mittleren Unternehmen dürfen nicht länger die Zahlmeister der Nation sein. Es kann nicht so weiter gehen, daß sie überwiegend die Leistungen des Staates finanzieren und zusätzlich die Umverteilungsdefizite zugunsten der Großen zu tragen haben. Dies kann nicht länger gutgehen. Diese Unternehmen völlig links liegengelassen zu haben, ist die Wirklichkeit sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

An Tüchtigkeit stehen die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land denen aus Baden-Württemberg und Bayern nicht nach. Die SPD hat es aber versäumt, diese Unternehmen, die über die Hälfte des Sozialproduktes in unserem Lande erwirtschaften, nur annähernd in dem Maße zu fördern wie die Großindustrie. Deswegen steht ganz Nordrhein-Westfalen hinter den anderen Bundesländern zurück.

Westfalen dringend benötigten neuen Arbeitsplätze müssen konsequenter als bisher in neuen Industriebereichen wie Mikroelektronik, Computer-, Telekommunikations-, Bürosystem- und Fertigungstechnik geschaffen werden.

Kein Vetorecht gegen neue Technologien

Wir halten deshalb das Konzept der SPD für falsch, das Betriebsverfassungsgesetz so zu verändern, daß die Mitbestimmung der Betriebsräte zum Vetorecht gegen die Einführung neuer Technologien verkommt.

Die paritätische Mitbestimmung im Montanbereich — die unheilige Allianz zwischen Großunternehmen, Gewerkschaften und Politik, dieses Kartell der Unbeweglichkeit — behindert bereits heute die Einführung neuer Technologien. Sie darf deswegen nicht auch noch auf andere Bereiche angewendet werden. Das hieße, die Einführung neuer Technologien im Endeffekt den Arbeitsgerichten oder dem Politiklüngel hinter verschlossenen Türen zu überantworten.

Sozialverträglichkeitsprüfung ist Dirigismus

Sollte dann auch noch die Landesregierung — so die Vorstellungen der SPD — das Recht erhalten, ihre Forschungs- und Technologiepolitik von der vorherigen Prüfung einer sogenannten „Sozialverträglichkeit“ abhängig zu machen, würde das Grundrecht der Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen unseres Landes ausgehöhlt. Gleichzeitig würde mit diesem dirigistischen Mittel ein „gezielter struktureller Wandel von Gesellschaft und Staat erreicht“. Das aber wäre die ideologische Sozialsteuerung, abhängig von der Zustimmung der Gewerkschaften, eine Planwirtschaft sozialdemokratischer Prägung und damit — wie die Grünen es fördern — der Weg in eine andere Republik.

Keine staatliche Vorauswahl

Wir lehnen eine parteipolitisch und staatlich geprägte Vorauswahl „sozialverträglich“

cher“ Zukunftsindustrien durch darauf abgestellte Förderprogramme auch deshalb ab, weil sie Nordrhein-Westfalen noch weiter von der Spitze der Bundesländer abkoppelt.

Im übrigen läßt sich erst entscheiden, ob neue Technologien sozialverträglich sind, wenn die Ergebnisse von Forschung, Entwicklung und möglicher Anwendung vorliegen.

Über Zukunftsindustrien entscheidet der Markt

Natürlich sind Marktkräfte keine statischen, sondern von Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Staat dynamisch beeinflussbare Größen. Staatliche Struktur- und Industriepolitik hat darauf zu achten, daß sich Produkte durch unternehmerischen Einsatz im Wettbewerb auf dem Markt durchsetzen können. Es wäre deshalb verhängnisvoll, den Staat oder die Gewerkschaften zum Unternehmer zu machen und den Unternehmen die Risiko- und Investitionsverantwortung abzunehmen.

Neue Form der Zusammenarbeit: Bündnis aller Beteiligten

Die Wirtschaft muß modernisiert werden, damit sie im Wettbewerb bestehen kann. Gleichzeitig muß sie weiter entwickelt werden, um die Umwelt-, Energie- und Rohstoffprobleme zu lösen.

Diese wachsende gegenseitige Abhängigkeit von Markt, Technologie und Forschung verlangt neue Formen der Zusammenarbeit in den Betrieben. Bündnispolitik aller Beteiligten, Marktwirtschaft des gebündelten Sachverständes und gemeinsam vereinbarte Ziele sind gefragt; nicht aber einseitige ideologische Zwangsvorhaben des Staates.

Das Ruhrgebiet — Basis des Fortschritts

Das Ruhrgebiet muß wieder Basis für den Fortschritt werden. Das ganze Land wird dann wirtschaftlich wieder erstarren.

Die „alten“ Industrien an der Ruhr sind heute mit ihrem unterdurchschnittlichen Beitrag eine Belastung der Wachstumsbilanz des Landes. Aber nicht nur das: Land und Bund müssen auch noch Milliarden dafür zahlen, daß dieses „Defizit“ nicht weiter anwächst.

Das Ruhrgebiet muß deshalb wieder stärker auf neue Märkte und Produktinnovationen setzen. Die forcierte Rationalisierungspolitik der Großbetriebe hat keine Ergänzung gefunden durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen. Die beunruhigende Unternehmerlücke im Ruhrgebiet muß geschlossen werden. Auch die hohe Kostenstruktur, die durch Subventionen, Umweltschutzaufgaben und Energiepreise entsteht, verlangt neue Verfahren und Produkte, um im Wettbewerb bestehen zu können: Das ist die ständige Aufgabe der „alten“ Industrien, sich zu verjüngen.

Das Ruhrgebiet braucht aber auch mehr Markt, muß mehr machen aus seinen Begabungen und seinen spezifischen Ent-

wicklungsmöglichkeiten: Das ist die Aufgabe neuer Unternehmen an der Ruhr.

Sicherheitssockel für die Energieversorgung

Natürlich brauchen wir, um nicht den Turbulenzen des Weltmarktes ausgeliefert zu sein, einen Sicherheitssockel für die Energie- und Grundstoffversorgung. Dafür müssen aber alle eine Sicherheitsprämie zahlen.

Nordrhein-Westfalen muß von den anderen Bundesländern den Abschluß eines Staatsvertrages zur gemeinsamen Finanzierung der Zuschüsse für die Kohle — zumindest für die Investitionen — verlangen. In diesem Vertrag muß den Ländern im Rahmen ihres Beitrages eine Mitwirkung bei den Entscheidungen der Energie- und Grundstoff-Sicherheitspolitik angeboten werden.

Die über den Sicherheitssockel hinausgehenden Kapazitäten müssen schrittweise abgebaut werden, damit Überkapazitäten nicht den gesamten Wirtschaftszweig gefährden.

Neue Kohlepolitik

Die neue Kohlepolitik erfordert — neben der Durchsetzung dieser alten Forderungen der F.D.P. — für den Umweltschutz auch ein konsequentes Kraftwerk-Sanierungsprogramm. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Angst vor der billigen Kernenergie zu einer Kohlevorrangpolitik geführt hat, die aus Furcht vor Strompreiserhöhungen nicht in die Rauchgasentschwefelung investiert hat. Dabei geht es nicht nur um den Einbau von Entgiftungstechnik, sondern insbesondere um den Einsatz neuer Kraftwerkstechniken, neuer Energieumwandlungstechniken. Aus Umweltschutzgründen muß die Kraft-Wärme-Kopplung weiter verfolgt werden. Dazu bieten sich kleinere Kraftwerke in Verbrauchernähe an.

Kohletechnologie statt Kohleförderung

Deutsche Unternehmen haben den Bergbau modernst ausgestattet. Hier bietet sich die Chance, durch Hilfen bei der Entwicklung neuer Abbautechniken, gewonnene Erfahrungen zunächst im eigenen Land zu nutzen.

Der Export von Spitzenprodukten der Kohlefördertechnik und der Kohleveredlung sowie der Erhalt dieser Leistungsspitze durch Anwendung solcher Techniken in der Bundesrepublik Deutschland bringen nachhaltigere Vorteile als die Konkurrenz gegen Billigkohle, die den Weltmarkt beherrscht. Deshalb muß eine Grundförderkapazität im Steinkohlebergbau erhalten bleiben. Die Kohle der Kohle wegen fördern, ist wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Industriepolitische Perspektiven gegen Defensivhaltung

Weil es aus Berührungsängsten nicht zu einer Verständigung über gemeinsame Ziele von Unternehmen, Forschern, Gewerkschaften und Staat gekommen ist, ist es versäumt worden, einen industriellen Technologietransfer zu ermöglichen und Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte vorzunehmen. So verharrt das Ruhrgebiet in einer ängstlichen Defensivhaltung vor den neuen Anforderungen für Strukturveränderungen.

Die „Ruhrkonferenz“ war kein Ersatz für eine Politik, die unbefangene neue Fragen stellt und neue Ziele formuliert. Es hat darum wenig Sinn, Milliarden an Subventionen in das Ruhrgebiet zu stecken, ohne eine industriepolitische Perspektive für Kohle und Stahl zu haben, die für die Zukunft Bestand hat und eine zeitliche Begrenzung der Hilfen erwarten läßt.

Verbund von Kohle, Stahl und Kernenergie

Das Ruhrgebiet muß die Chance nutzen, die ein neuer, leistungsfähiger Verbund zwischen Kohle und Stahl, der durch den Einsatz von Kernenergie gefördert wird, ermöglicht. Wir Freien Demokraten wollen einen solchen Aufbruch der Ruhrwirtschaft. Wir wollen wieder mehr machen aus der Ruhr.

Die Forschungsanstrengungen des Landes in der Kernenergie wollen wir Freien Demokraten deshalb auf den Hochtemperatur-Kugelhaufen-Reaktor, insbesondere als Industriereaktor, konzentrieren. Denn wir müssen unsere Anstrengungen weiter

auf die Kohlevergasung und -hydrierung richten, einschließlich der Förderung von Pilotanlagen. Damit räumen wir der deutschen Kohletechnologie Exportmöglichkeiten ein und erobern der Kohle neue Wärme- und Energiemärkte (Methanol, Feinkoks etc.).

Die Ruhr braucht eine neue Industriepolitik

Es kommt darauf an, die besonderen Begabungen und Chancen der Ruhr zu fördern. Diese Förderung soll insbesondere das innovative Potential kleiner Unternehmen oder gründungswilliger Menschen mobilisieren.

Dies gilt im übrigen für alle Landesteile, ob Niederrhein, Bergisches Land oder Westfalen. Eine erfolgreiche Industriepolitik wird durch die vorhandenen Ressourcen und das Wettbewerbsumfeld bestimmt. Jede Region hat ganz spezifische Entwicklungsmöglichkeiten, die regional gefördert werden müssen.

Die bisherige Wirtschaftsförderung — nach einem abstrakten Schema — hilft uns nicht weiter. Die Beseitigung vorhandener regionaler und sektoraler Monstrukturen und deren Gefahren gelingt nur durch eine Förderpolitik für solche Unternehmen, die in oder mit innovativen Techniken produzieren oder dies beabsichtigen.

Maßgeschneiderte Konzepte

Das Ruhrgebiet ist in seiner Struktur einmalig. Es geht darum, seine besonderen Begabungen zu fördern. Das Land muß die Initiative ergreifen und ein maßgeschneidertes Konzept vorlegen.

Energieverfahrenstechnik, Förderung neuartiger Verbrennungsprozesse, Rohstoffrückgewinnung und -aufbereitung, Umwelt- und Recyclingtechnologien, neue chemische und biotechnische Verfahren, Prozeßautomatisierung, dies sind die Schritte in die richtige Richtung. Hier hätten TPE (Technologieprogramm Energie) und TPW (Technologieprogramm Wirtschaft) fortgeschrieben werden müssen, einschließlich der dazugehörigen Forschungsschwerpunkte an den Hochschulen.

SPD ohne Konzeption für die Ruhr

Die SPD hat mit dem, was sie Wirtschaftspolitik für die Ruhr nennt, deshalb Schiffbruch erlitten, weil sie weder auf kleine und mittlere Unternehmen noch auf die Begabungen und die Intelligenz in den Großbetrieben, vor allem im Anlagenbau mit den Bereichen Energie-, Verfahrens- und Systemtechnik gesetzt hat.

Förderung des Innovationsprozesses — verbesserte Chancen im Wettbewerb

Es gibt gute Möglichkeiten für die deutsche Wirtschaft, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Die Wettbewerbschancen werden noch besser, wenn eine Reihe von Hemmnissen überwunden sind:

- das Übermaß staatlicher Förderung für die Großindustrie;
- das Zurückbleiben von Wagnis- und Risikofinanzierungsmitteln für die Förderung des Innovationsprozesses, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen;

Aus Angst vor der Kernenergie hat sie die noch von den Freien Demokraten durchgesetzten Programme TPE und TPW nicht für die neuen Technologien fortgeschrieben, den „Bodenfonds Ruhr“ nicht entsprechend umstrukturiert, um genügend neue Industrieflächen zu schaffen, noch energischen Umweltschutz für die Ruhr betrieben, noch eine industriepolitische Konzeption entwickelt.

Die SPD hat es auch versäumt, Subventionen für Großunternehmen an Gegenleistungen zu koppeln. Die vermehrte Bereitstellung von Grundstücken hätte über die Konzentration von Städtebaumitteln im „Bodenfonds Ruhr“ eine weitsichtige Bodenpolitik ermöglicht und bei Neugründung von Industriebetrieben nach Möglichkeit auf alte, nicht mehr genutzte Areale zurückgreifen können.

Die Ausgliederung von Entwicklungs-, Produktions- und Dienstleistungsbetrieben aus den Großunternehmen hätte Anstoßeffekte mit dem bestehenden Potential an Begabungen in Hochschulen sowie kleinen und mittleren Unternehmen im Ruhrgebiet ausgelöst. So hätten neue, selbständige Zulieferunternehmen entstehen können. Dazu wäre auch ein neues Planungsrecht, das auf die Gemengelage Rücksicht nimmt, nützlich gewesen. Das Denken im Schema des Montankomplexes mit seinen Subventionen, geschützten Märkten, Großunternehmen und der besonderen Montanmitbestimmung hat diese Politik dazu verleitet, die Welt außerhalb dieses Komplexes, die auch ihre Chancen wahrnehmen will, sträflich zu vernachlässigen. Diese Politik hat nicht nur zur Vernachlässigung anderer Regionen geführt, zur Vernachlässigung kleiner und mittlerer Unternehmen, sondern auch zur technologischen Besitzstandswahrung im Kampf gegen neue Technologien.

Weil diese Politik zur Erhaltung alter Industriezweige so viel Steuergelder eingesetzt hat, wird der Wettbewerb verfälscht, fehlen die Mittel, um die gewaltigen Anstrengungen zu finanzieren, die notwendig sind, neue Technologien und kleine und mittlere Unternehmen zu fördern.

Dies ist das Ergebnis sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Neue politische Kultur für die Ruhr

Wir Freien Demokraten wollen auch für das Ruhrgebiet eine neue politische Kultur, in der Unabhängigkeit, Kreativität, Intelligenz und Wagemut wieder eine Chance haben.

— die fehlende Eigenforschung und die fehlende Bereitschaft, von anderen Ländern zu lernen;

— die Diskriminierung unternehmerischen Denkens.

Ausbau des Informations- und Kommunikationssystems

Wenn wir in Zukunft bestehen wollen, müssen wir das deutsche Informations- und Kommunikationssystem entscheidend verbessern: in Industrie, Hochschulen, Staat und Verwaltungen aller Art.

Das unentbehrliche Mittel des Innovationsprozesses heißt: Fächer, Ressorts und Institutionen übergreifende, konventionelle Denkgrenzen überspringende Kommunikation und aktive Nutzung vorhandener Informationen, keinesfalls aber Absicherungs- und Scheuklappen. Ressort- sowie Fachegoismen, Kästchen-Denken, Parteizwänge und Mitbestimmungsfehen stehen einer offenen Gesellschaft entgegen.

Politik der gemeinsam vereinbarten Ziele

Vor allem ist die Zusammenarbeit zwischen Staat, Hochschulen, Gewerkschaften und Unternehmen zu verbessern: Politik des gebündelten Sachverständes und der gemeinsam vereinbarten Ziele.

Liberaler Innovationspolitik will den Dialog

Liberaler Innovationspolitik für unser Land will den zwanglosen Dialog zwischen Forschern und Technikern, Kauf- und Finanzleuten ermöglichen. Technologietransfer führt am besten über einen offenen akademischen „Markt“ für Forschung und Lehre zur raschen Entwicklung moderner Technologien und ihrer Anwendung. Dem früher selbstverständlichen Dialog zwischen Universitäten und Unternehmen darf dabei eine unternehmensfeindliche Wissenschaftsbürokratie nicht entgegenstehen.

Soweit bestehende staatliche Vorschriften die Zusammenarbeit von Forschungsinstituten und Unternehmen behindern, sind sie mit dem Ziel größerer Flexibilität zu ändern.

Grundlagenforschung ist Basis des internationalen Wettbewerbs

Auf neue Produkte und Technologien gründet sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Die Rahmenbedingungen für die Forschung müssen deshalb entsprechend entwickelt werden. Es kommt vor allem darauf an, die Grundlagenforschung mit Sachmittelerhöhung, Stiftungslehrstühlen sowie erheblichen Mitteln für hervorragende Forscherpersönlichkeiten zu stärken. Auch staatlich geförderte Forschung muß sich aber dem Wettbewerb stellen und in ihren Ergebnissen messen lassen.

Technologietransfer ist Angelegenheit des Marktes

Der reibungslose Technologietransfer, die beschleunigte Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und Verfahren ist für die Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen von größter Wichtigkeit.

Technologietransfer ist Aufgabe und Chance für Industrie- und Wirtschaftsberatungsunternehmen und Ingenieurbüros. Die Rahmenbedingungen für neue Formen des Technologietransfers sind zu schaffen. Gründerzentren, Technologiezentren, Risikofinanzierungsgesellschaften müssen sich im Markt bewähren und dürfen nicht langfristig neue Subventionsatbestände begründen.

Fortentwicklung der Arbeitsgesellschaft — Aufgabe für Unternehmer und Gewerkschaften

Wir betrachten es als vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften wie der Unternehmer, eine neue Betriebskultur zu entwickeln. Dabei messen wir der Betriebskultur von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Handwerksbetrieben, in denen alle aufeinander angewiesen sind, große Bedeutung für die Fortentwicklung unserer Arbeitsgesellschaft zu. Nur eine Personalpolitik, die Wert auf Qualifizierung, Engagement und Teamgeist legt, kann es schaffen, Nordrhein-Westfalen wieder zu einer ersten Adresse zu machen.

Verbundenheit mit dem Unternehmen fördern

In der Bundesrepublik ist der Anteil derjenigen, die sich im Beruf auf das Notwendigste beschränken, zu hoch. Mit den Unternehmen und den Dienststellen, in denen sie tätig sind, fühlen sich nur wenige der Mitarbeiter verbunden.

Viele Politiker und Gewerkschaftler haben nicht begriffen, daß wirtschaftliche Tätigkeiten nicht nur dienende Funktion haben. Wir wollen, daß die Menschen wieder stolz auf Unternehmen und Institutionen sein können, in denen sie tätig sind, daß sie Freude an der Arbeit haben. Wir wollen wieder mehr Arbeitsfreude, mehr Anstrengung, Risiko und Leistung.

Mitsprache am Arbeitsplatz

Die Beschränkung der politischen Diskussion auf die Mitbestimmung allein der Faktoren „Kapital und Arbeit“ hat verhindert, daß sich mehr Mitsprache am Arbeitsplatz entwickeln konnte, daß Mitarbeiter bei Entscheidungen gefragt werden, Kooperationen, kollegiale Zusammenarbeit und Teamgeist entstehen konnten.

Der Produktionsfaktor „Teilhabe“ ist nicht genug entwickelt worden, weil der unfruchtbare Dualismus zwischen Kapital und Arbeit, die Teilhabe, die von der Einheit des Betriebes ausgeht, ebenso aus den Augen verloren hat, wie den Faktor „Disposition und Intelligenz“.

Betriebliche Vereinbarungen

Wir setzen auf die Zukunft von betrieblichen Vereinbarungen. Das Instrument der Tarifverträge muß als Rahmenvereinbarung so aufgefächert werden, daß die Besonderheiten der Betriebe, die sich nicht in ein Einheitskorsett pressen lassen, auch ihren Niederschlag in der Entwicklung ergänzender Mitbestimmungsregelungen finden. Dies ist die entscheidende Reform der Zukunft: individuelle Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch „Betriebliche Vereinbarungen“ neben kollektiver Mitbestimmung nach allgemeinen Vorschriften.

Für kleinere und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe muß der Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes zugunsten der individuelleren Form der „Betrieblichen Vereinbarung“ reformiert werden.

Mehr Spielraum für Betriebe und Mitarbeiter statt Einheitskorsett

Die Streiks im Frühjahr 1984 haben die Grenzen für Branchenabkommen gezeigt. Der Versuch, ein Einheitskorsett von Ar-

beitszeit und Lohnbedingungen für große, kleine und mittlere Betriebe, für Staat und Unternehmen zu schnüren, wird scheitern. Das starre Festhalten an Einheitsverträgen für alle Betriebsgrößen macht es Gewerkschaften und Unternehmen unmöglich, neue Formen von Arbeitszeitverkürzung, Entlohnung oder Beteiligung am Produktivkapital zu entwickeln. Wir sind dabei allerdings gegen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. In Zukunft soll es unterschiedliche Regelungen von Arbeits- und Sozialbedingungen für einzelne Branchen, größere, kleinere und mittlere Unternehmen sowie Regionen geben.

Individuelle Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse

Unter dem wichtigen Gesichtspunkt der Erhaltung des sozialen Friedens sollten

Neue Tarifpolitik — Aufgabe für Arbeitgeber und Gewerkschaften

Auf die Tarifpolitik von Arbeitgebern und Gewerkschaften kommen ganz neue Aufgaben zu. Beide Tarifparteien sind gleichermaßen dafür verantwortlich, daß

- individuell durchgeführte Arbeitszeit verteilende Maßnahmen neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen;
- Zeitarbeitsverträge in stärkerem Maße zugelassen werden, um Beschäftigungsspitzen und Überstunden abzubauen;
- die Reallohnsteigerungen in Phasen gedämpften Wachstums auch hinter den Produktivitätssteigerungen zurückbleiben können, um vermehrt Arbeitsplätze zu schaffen;
- vorhandene und neu zu schaffende Arbeitsplätze besser auf junge und ältere Arbeitnehmer verteilt werden;
- die Sanierung der Umwelt und der vorausschauende Umweltschutz — we-

Soziale Sicherung und eigenverantwortliche Vorsorge

Wir Freien Demokraten bejahen die solidarische Sicherung gegen die Folgen des Alters und die Existenzrisiken Krankheit und Arbeitslosigkeit. Wir wollen das Versicherungsprinzip mit der Beitrags- und Leistungsbezogenheit der Sozialleistungen stärken, aber auch den Spielraum für individuelle Eigenversorgung und Selbsthilfe vergrößern. Dazu wollen wir die Wahlmöglichkeiten im gegliederten System der sozialen Sicherheit ausbauen und die Möglichkeit zur eigenverantwortlichen Vorsorge erweitern.

Versicherungslösung gegen Anstieg der Lohnnebenkosten

Der überproportionale Anstieg der Lohnnebenkosten muß gestoppt, möglichst gesenkt werden. Hierfür ist eine Rückgliederung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in den Bereich der Krankenversicherung (arbeitsplatzunabhängige Versicherungskonzepte) eine geeignete Möglichkeit.

Sozialversicherung entlasten

In der gesetzlichen Rentenversicherung nimmt mit der demographischen Entwicklung die Zahl der Rentner zu, die der beitragszahlenden Arbeitnehmer ab. Dies birgt die Gefahr eines Beitragssatzanstieges über die Leistungsfähigkeit der Ar-

beitspartner lediglich Rahmenbedingungen festlegen, die den einzelnen Unternehmen einen breiten Spielraum lassen für:

- Verkürzung der Lebensarbeitszeit (mehr Urlaub oder unbezahlter Langzeiturlaub);
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit;
- Teilzeitarbeit und Job-sharing;
- höhere Löhne;
- Beteiligung am Produktiv-Vermögen;
- Humanisierung des Arbeitsplatzes;
- Abbau von Überstunden;
- Abstellung auf die jeweilige Familiensituation.

Montanmitbestimmung ablösen

Die Montanmitbestimmung wollen wir durch die fortschrittlichere Mitbestimmungsregelung ersetzen, die auch für andere Industriebetriebe gilt.

gen der damit verbundenen hohen Kosten und Investitionen — bei allen Tarifverträgen mit ins Kalkül gezogen werden und nicht nur staatlichen Programmen vorbehalten bleibt;

- durch eine neue Vermögenspolitik der einzelne Arbeitnehmer die Möglichkeit erhält, mehr als bisher zwischen Lohn, Freizeit und Beteiligung am Produktionsvermögen zu wählen;
- die für den Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und Japan notwendige Modernisierung der Betriebe — und damit gekoppelt die Umstellung auf neue Umwelttechnologien — dadurch gesichert wird, daß das Eigenkapital der Betriebe erhöht und das dringend benötigte Risikokapital bereitgestellt wird. Das erfordert ebenfalls eine vermögenspolitische Offensive.

beitnehmer hinaus und verstärkt das Abwandern in Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft. Daher müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, die Rentenversicherung zu entlasten, ohne die Beitragsbezogenheit ihrer Leistungen zu beseitigen. Renten können nur noch in dem Maße angepaßt werden, wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer steigen.

Politische Lasten über Bundeszuschuß refinanzieren

Weiterhin müssen und können politische Lasten der Rentenversicherung stärker über den Bundeszuschuß refinanziert werden. Es wird auch nicht mehr möglich sein, beitragslose Zeiten weiterhin so großzügig zu bewerten oder eine vorzeitige Inanspruchnahme der vollen Rente zuzulassen. Eine „Maschinensteuer“ löst kein Problem, weil die Investitionen verteuert werden und damit die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu Lasten gleich strukturierter ausländischer Unternehmen verschlechtert wird. Die F.D.P. lehnt jede Form der „Maschinensteuer“ ab.

Es muß dem Einzelnen stärker verdeutlicht werden, daß größere Eigenvorsorge nötig ist. Es ist zumutbar und geboten, Krankheitskosten versicherungsrechtlich

und nicht durch pauschale Lohnfortzahlung zu sichern. Dies entlastet die Betrie-

be und wird stärker wieder zur Einstellung von sonst Arbeitslosen führen.

Mehr Vertragsfreiheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt

Wir wollen mehr Vertragsfreiheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Überzogener sozialer Schutz hat dazu geführt, daß immer mehr Menschen in Arbeitslosigkeit, Schwarzarbeit oder Schattenwirtschaft abgedrängt werden.

Keine Einstellungsbarrieren durch Kündigungsschutz

Wir dürfen nicht Unternehmen auf den internationalen Wettbewerb verweisen, ihnen andererseits aber verwehren, gerade leistungsfähige Mitarbeiter einzustellen, die sie brauchen, um in solchem Wettbewerb mithalten zu können. Besonders bedenklich wird dies dann, wenn überzogener Kündigungsschutz auch solche Arbeitnehmer vor Entlassung schützt, die nicht einmal mehr die ihnen zumutbare Arbeit ordentlich leisten. Sozialer Schutz darf nicht dazu führen, daß selbst eine zumutbare Leistung verweigert werden kann, wie es in weiten Bereichen des Kündigungsschutzes heute der Fall ist. Es ist eine unsoziale Politik, wenn Nutznießer des Sozialsystems Chancen und Arbeitsmöglichkeiten für tüchtigere Menschen — heute vor allem für junge Menschen — blockieren können. Das Recht pervertiert, wenn gesetzlicher Schutz für Behinderte und Angeschlagene in der Praxis zur Einteilungsbarriere für eben diese Menschen wird, ähnlich wie die Abschaffung der sogenannten Leichtlohngruppen heute die Einstellung von Ar-

beitskräften, insbesondere von Frauen erschwert, statt ihnen — wie beabsichtigt — bessere Arbeit und Löhne zu geben.

Marktgerechte Entlohnung schafft Arbeitsplätze

Um eine marktgemäße Beschäftigung auch nicht mehr leistungsfähiger Arbeitnehmer zu ermöglichen, könnte es eine Zuzahlung der Solidargemeinschaft zum Lohn geben. Dies wäre sinnvoller als eine soziale Überforderung der Unternehmen. Welche soziale Verpflichtung Unternehmen tragen können, entscheidet der internationale Wettbewerb. Wir wollen die Unternehmen nicht aus zumutbarer sozialer Verpflichtung entlassen, doch müssen Unternehmen vor unzumutbaren sozialen Risiken dadurch geschützt werden, daß diese Risiken einer größeren Solidargemeinschaft, etwa dem Staat, übertragen werden.

Es ist sinnvoll, für bestimmte soziale Tätigkeiten wie Kinder- und Schülerbetreuung, Sozialarbeit etc., Steuervergünstigungen zu schaffen, um auf diese Art und Weise nicht nur Existenzgründungen zu ermöglichen, sondern auch neue sozialverpflichtete Arbeitsplätze zu schaffen. Unentgeltlich arbeitende private Initiativen zur Arbeits- und Ausbildungsplatzvermittlung sind zuzulassen. Insoweit ist das Monopol der Bundesanstalt für Arbeit aufzulockern.

Tarifaufonomie — Kernstück des Sozialstaats

Die Tarifaufonomie ist für die F.D.P. ein Kernstück des freiheitlichen Sozialstaates. Staatliche Eingriffe in diese Aufonomie lehnt die F.D.P. ab. Zur Tarifaufonomie gehört das Recht, Tarifkonflikte im Rahmen der Verhältnismäßigkeit notfalls mit kollektiven Kampfmaßnahmen bei Waffengleichheit beider Tarifparteien auszutragen. Arbeitskämpfeverbote würden dieses Gleichgewicht zum Nachteil aller Bürger beseitigen.

In diesem Rahmen halten wir Freien Demokraten klare Regeln für Arbeitskämpfe und mehr innerverbandliche Demokratie bei den Tarifparteien für notwendig. Dabei geben wir Vereinbarungen der Tarifparteien, gerade auch zum Ausbau der Schlichtungsverfahren, den Vorzug, um gesetzliche Regelungen zu vermeiden. Ein gemeinsamer Verhaltenskodex kann zum Abbau von Einschüchterung, Gewalt und Machtmißbrauch bei Arbeitskämpfen beitragen.

Empfehlende Konferenz bei Arbeitskämpfen

Die Bundesregierung soll berechtigt sein, wenn sie schwerwiegende gesamtwirtschaftliche Bedenken über die Auswirkung von Tarifverträgen, Streiks oder Aussperrungen hat, eine Konferenz einzuberufen, die aus den Vorsitzenden der einzelnen Gewerkschaften und Industrieverbände und aus — von den Sozialpartnern benannten — unabhängigen Persönlichkeiten besteht.

Diese Konferenz soll Empfehlungen aussprechen können, um Streitigkeiten zu versachlichen. Die Rechte der Tarifparteien bleiben hiervon unberührt, ebenso das Recht, unabhängig davon in Schlichtungsverfahren einzutreten. Die Empfehlungen der Konferenz können sich auch darauf beziehen, das Schlichtungsverfahren unter bestimmten Bedingungen einzuleiten (Dauer des Streiks,

Dauer von Aussperrungen, Höhe von Produktionsausfällen, Höhe und Gewichtung anderer Schäden, zum Beispiel von Eingriffen in die Pressefreiheit).

Weltweiter Handel nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen

Die Wirtschaftspolitik unseres Landes muß sich in besonderer Weise darum bemühen, den freien fairen Wettbewerb auch international zu ermöglichen. Sie muß im Ausland den zunehmenden protektionistischen Bestrebungen entgegenwirken und mit ganzem Nachdruck dafür eintreten, daß der weltweite Handel nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen stattfinden kann.

Europäischen Binnenmarkt schaffen

Nordrhein-Westfalen als europäisches Kernland industrieller Produktion muß verstärkt auf eine Integration der Wirtschafts- und Technologiepolitik auf europäischer Ebene hinwirken. Liberale Politik bedeutet Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Forschung und Technologie. Gerade hochtechnologische Produkte brauchen den Gesamt-EG-Markt. Grenzübergreifende Wirtschafts-Regionen müssen zu einheitlichen Wirtschaftsräumen zusammenwachsen, die durch die Nationalgrenzen nicht mehr behindert werden.

Ausbildung internationaler ausrichten

An den Universitäten unseres Landes müssen Lehrstühle für internationale Handelssprachen (Arabisch, Chinesisch, Russisch, Japanisch etc.), für internationales Marketing, für Völkerpsychologie, Kulturen und Zivilisation fremder Länder, für internationales Wirtschaftsrecht und Steuerrecht, Bank- und Außenhandelsrecht eingerichtet werden. Dies dient außerdem dazu, unser Gewicht in den internationalen Organisationen auch personell ausüben zu können.

Die Wirtschaftspolitik unseres Landes muß sich sehr intensiv mit grenzüberschreitenden Maßnahmen befassen: Exportinformationen für den Mittelstand, Koordinierung von Messebeteiligungswünschen mittelständischer Betriebe, Studentenaustausch mit Japan, den USA und anderen hochentwickelten Industriestaaten, Angebot von Ausbildungsplätzen an ausländische Jugendliche und Studienplätze für ausländische Wirtschaftsstudenten, Schulung von Gewerbelehrern und Lehrern aus dem Ausland in Nordrhein-Westfalen, vor allem aber Vermittlung von Facharbeitern und Ingenieuren in fremde Länder, um deutsches Know-how zu exportieren. Die Anerkennung gleichwertiger Studiengänge und -abschlüsse sollten international harmonisiert werden.

Weniger Staat, mehr private Leistung und Verantwortung

Die SPD-Alleinregierung hat in den letzten fünf Jahren allein schon durch ihre unverantwortliche Schuldenpolitik die Zukunftschancen unseres Landes und unserer Kinder entscheidend verdorben. Sie hat damit gegen finanzwirtschaftliche Erkenntnisse verstoßen, die schon Thomas Jefferson so formuliert hat: „Jede

Generation ist wie eine besondere Nation. Sie hat das Recht, durch den Willen ihrer Macht sich selbst zu binden, aber so wenig sie die Bewohner eines fremden Landes in Fesseln schlagen darf, so wenig hat sie das Recht, die nachfolgende Generation zu binden.“

In den fünf Jahren von 1980 bis 1985 hat

die SPD mehr als doppelt soviel Schulden gemacht als in den zehn Jahren zuvor, in denen die F.D.P. Mitverantwortung in der Landesregierung trug. Ende 1979 lag die Pro-Kopf-Verschuldung Nordrhein-Westfalens bei 1323 Mark, in den folgenden fünf Jahren wuchs sie auf rund 4000 Mark je Einwohner an.

Den Landeshaushalt sanieren — Stopp der galoppierenden Verschuldung

Die Verschuldung des Landes wird — bleibt die SPD an der Regierung — weiter progressiv ansteigen. 1980 noch betrug die Verschuldung am Kreditmarkt 22,5 Milliarden DM. Ende 1988 wird sie mit 91 Milliarden DM oder 5400 DM je Einwohner das Eineinhalbfache des dann geplanten Haushaltsvolumens erreicht haben. Die Zinslastquote wächst entsprechend von 3,4 Prozent im Landeshaushalt 1980 auf 11,5 Prozent des für 1988 geplanten Haushaltes.

Die Regierung Rau hat nach dem Motto „SPD vorn“ das Land zumindest im Schuldenmachen an die Spitze aller Bundesländer gebracht. Indem sie 16 Prozent des Haushalts über Kredite finanziert, lebt sie auf Kosten der heutigen Steuerzahler und künftiger Generationen weit über ihre Verhältnisse.

Der Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte sind von der Verfassung und der Zinsbelastung her Grenzen gesetzt. Diese Grenzen hat die SPD-Regierung in den letzten fünf Jahren schamlos überschritten. Die von ihr zu verantwortende überproportionale Steigerung der Staatsverschuldung läßt sich kurzfristig nicht korrigieren. Zins- und Tilgungsleistungen sind langfristige Verbindlichkeiten. Zumindest eine Trendwende ist dringend erforderlich, um die Zukunftschancen unseres Landes und unserer Kinder wiederherzustellen und zu sichern.

Kein Handlungsspielraum durch Schuldenpolitik

Mit dieser desolaten Finanzwirtschaft verspielt die SPD-Alleinregierung die Zukunft der jungen Generation und die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Gesundung. Diese Erblast schränkt die politischen Gestaltungsmöglichkeiten ein. Die enormen Zinszahlungen engen den ohnehin schon knappen Handlungsspielraum weiter ein.

Die notwendige Neuorientierung und Neustrukturierung unseres Landes und damit die Beseitigung industrieller Monstrukturen zum Beispiel des Ruhrgebietes, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie neuer Technologien und notwendige ökologische Maßnahmen werden erschwert oder verhindert. Hier zeigt sich einmal mehr die Unfähigkeit der Sozialdemokraten, mit dem Geld der Steuerzahler sorgsam umzugehen. Das heute schon vorhandene Süd-Nord-Gefälle wird verschärft, neue Industrien und Unternehmen werden sich verstärkt im süddeutschen Raum mit seinen besseren landespolitischen Bedingungen ansie-

Wettbewerb, Selbstbeteiligung, Privatisierung

Kostensenkung im Gesundheitswesen

Krankenhäuser sollen von ihren Trägern gebaut und unterhalten werden. Sie dürfen nicht länger ausschließlich vom Staat geplant werden. Krankenhäuser müssen Gewinne und Verluste machen können, sie dürfen aber nicht vom Staat allein gelassen werden. Private und öffentliche Krankenkassen sollen mehr Rechte der Vertragsgestaltung mit den Kliniken ihrer Region erhalten, dabei kann es nicht um Kostenerstattung gehen, sondern nur um Honorierung von Leistung.

deln und damit die für unser Land lebenswichtigen neuen Arbeitsplätze dahin abziehen. Baden-Württemberg wird bereits 1986 seine Neuverschuldung auf Null abgebaut haben und damit ganz andere finanzpolitische Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitsplatzbeschaffung zurückgewinnen.

Neuer Anfang in der Finanz- und Wirtschaftspolitik

Wir brauchen deshalb in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einen neuen Anfang, damit unser Land eine bessere Zukunft hat als jetzt! Wir Freien Demokraten fordern den drastischen Abbau der jährlichen Neuverschuldung durch:

- Absenkung des Personalkostenanteils am Landeshaushalt durch sinnvollen Aufgaben- und Stellenabbau;
- Veräußerung des nicht für die Aufgaben des Landes erforderlichen Vermögens zur Schuldentilgung;
- Neuorientierung der Staatsaufgaben an Prioritäten;
- Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere der gewerblichen Betätigung der öffentlichen Hand.

Kampf der Steuerzahler gegen die Steuerverschwender

Wir Freien Demokraten fordern Entmonopolisierung, Privatisierung, Wettbewerb, Zusammenarbeit mit Privaten, Ausrichtung auf das Ertragsprinzip.

An die Stelle des traditionellen Konfliktes zwischen Beschäftigten einerseits und Dienstherren und Unternehmern andererseits, ist in den Wirtschaftsbetrieben und Unternehmen der öffentlichen Hand der Kampf zwischen Steuerzahlern und Steuerverschwendern getreten. Das gilt vor allem für die Betriebe, die nach dem Kostenerstattungsprinzip oder mit Gebühren arbeiten, also für Krankenhäuser und Verkehrsbetriebe, Energieversorgungs- oder Entsorgungsunternehmen, für öffentlich-rechtliche Hörfunk- und Fernsehanstalten ebenso wie für die Bundespost.

Diese Betriebe tragen die Tendenz in sich, zu vergessen, daß sie nicht für sich selbst, sondern für die Gesellschaft da sind. Sie sind zum Teil zu Selbstbedienungsläden für Gruppenansprüche verkommen, häufig bedingt durch parteipolitische Personalpolitik und Mitbestimmung. Wir Freien Demokraten ergreifen die Partei der Steuerzahler gegen die Steuerverschwender.

Das System staatlicher Finanzierung und Planung ist für das Klinikum Aachen ebenso verantwortlich wie für die Schließung kleiner und dennoch effektiver Krankenhäuser. Wir wollen die starren Strukturen aufbrechen.

Wir möchten, daß im Krankenhausbereich die Beteiligten und Betroffenen stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten. Dies geht nicht nur öffentliche und private Versicherungen an, sondern auch Ärzte und Krankenhaus-Manager. Die Pluralität des

Angebots von öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten Häusern ist ein Wettbewerbselement und dient dem Patienten.

Es soll mehr Gruppenpraxen und Privatkliniken mit Anbindung an ein Belegkrankenhaus geben. Diese Belegkliniken erleichtern eine durchgängige Betreuung des Patienten durch den Arzt seiner Wahl, vor, während und nach einem Krankenhausaufenthalt.

Das Problem der Pflegekosten bei Altersgebrechen muß durch ein Bündel von dezentralen Maßnahmen, die dem Einzelfall Rechnung tragen, gelöst werden. Private Vorsorge und staatliche, steuerliche Hilfen sollten alten und behinderten Menschen ermöglichen, solange wie es geht, in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben. Den Pflegenden sind Hilfen zu gewähren, um ihrer schweren Aufgabe gerecht werden zu können.

Selbstbeteiligung bei den Arzneimitteln, dem Arzt- und Zahnarztbesuch müssen Beitragsreduzierungen gegenüberstehen. Der erhöhte Zuzahlung bei der Inanspruchnahme von Ärzten muß die Erhöhung des verfügbaren Einkommens durch die Senkung der monatlichen Beiträge gegenüberstehen.

Wettbewerb für Energiebetriebe

Die Energiebetriebe müssen sich dem Wettbewerb zugunsten des Verbrauchers stellen. Wir wollen Schluß machen mit der Monopolstellung der Stromgiganten. Es muß vor allem bessere Bedingungen für Eigenzeuger geben, in das Stromnetz einzuspeisen oder Inselbetriebe zu errichten. Auch im Energiebereich darf über Tarifierhöhungen nicht länger hinter den verschlossenen Türen des Wirtschaftsministeriums verhandelt werden, sondern öffentlich im Parlament, um Verbraucherinteressen zur Geltung zu bringen.

Vorstände öffentlicher Betriebe stärken

Wir Freien Demokraten halten eine Stärkung der Vorstände öffentlicher Betriebe gegenüber politisch besetzten Aufsichtsräten und betrieblicher Mitbestimmung für notwendig. Gerade in diesen Betrieben führt die Mehrheit im Aufsichtsrat aus Politik und Gewerkschaft zu Steuerverschwendung und Selbstbedienung. Die Koalition Gewerkschaft und Ratsfraktion gegen die Stimmen der Vorstände muß verhindert werden. Wenn schon die Ratsmehrheit entscheidet, dann aber in aller Öffentlichkeit.

Personennahverkehr attraktiver machen

Wir Freien Demokraten fordern Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr auf Sonder Spuren, Vorfahrt auch für Taxen. Allein die Zusammenarbeit und Ergänzung des Systems „öffentlicher Personennahverkehr“ mit privaten Fuhrunternehmen hat eine Zukunft. Spitzenzeiten sollen stärker durch den privat betriebenen Personennahverkehr abgedeckt werden. Attraktivität und Komfort des Personennahverkehrs sind zu steigern. Ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Parkplatzsituation und der Lärm- und Abgasverringern in Städten ist die Einrichtung von Park-and-Ride-Systemen.

Abfallwirtschaft durch private Entsorgungsindustrie

Wir sind für eine weitgehende Übertragung öffentlicher Entsorgungsaufgaben auf Unternehmen der privaten Wirtschaft. Mit dem Übergang der „geordneten Abfallbeseitigung“ zur Abfallwirtschaft sind notwendige Recyclingmärkte am besten von privaten Entsorgungsunternehmen zu erschließen und zu bedienen. Die Satzungen vieler Kommunen haben schon

die Entsorgung der besonders gefährlichen Abfallstoffe ausgeschlossen und für private Entsorgungsunternehmen freigestellt.

Wir werden uns für eine private Entsorgungsindustrie einsetzen, die Zuverlässigkeit und Sicherheit von Transport und Lagerung durch bessere Auswahl der Unternehmen mit Sicherheitsleistung, auf einer neuen Grundlage gewährleistet. Öffentliche Kontrolle muß die bestmögliche Entsorgung überwachen.

Freier Medienmarkt — gegen das öffentlich-rechtliche Monopol

Wir Freien Demokraten fordern die Auflockerung des Fernsprech-, Sende- und Leitungsmonopols der Bundespost. Wir setzen uns ein für die Förderung privaten Hörfunks und Fernsehens. Das Zurückbleiben deutscher Informations- und Kommunikationstechnik ist eng verbunden mit dem Bürokratiebetrieb Bundespost. Hier liegen zukunftsweisende Investitionsbereiche sträflich brach.

Unser Ziel ist ein freier Medienmarkt, auf dem jeder Bürger bundesweit diejenigen Programme und Informationen, die er haben will, abrufen kann, aber das, was er abrufen selbst bezahlt — ähnlich wie heute bei den Fernsprech- und Fernmeldediensten — wenn es nicht durch Werbung finanziert ist. So können — wie bei den gedruckten Medien — auch Programme für Minderheiten rentabel sein, und die Meinungsvielfalt entsteht von selbst aus der Vielfalt der Verbraucherswünsche und Angebote. Bis die technischen Voraussetzungen dafür entwickelt sind, ist sicherzustellen, daß öffentliche Interessen und Interessen von Minderheiten zur Geltung kommen.

Lokal- und Regionalfunk

Wir wenden uns gegen das starre Festhalten an überlebten Positionen und Strukturen in der Medienpolitik der Landesregierung und fordern mehr Aufgeschlossenheit gegenüber den Möglichkeiten und Chancen, die eine durch Wettbewerb aufgelockerte Medienlandschaft bietet.

Wir sehen in der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien eine Chance, mehr Freiheit für den einzelnen zu verwirklichen. Besondere Bedeutung messen wir der Förderung lokalen und regionalen Hörfunks und Fernsehens zu als Verbesserung des Informationsangebotes, aber auch zur Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechniken. Wir Freien Demokraten wollen gemeinsam mit dem Bürger den Weg in diese Medienzukunft gestalten. Wir wollen ein Mediengesetz, das privaten Hörfunk- und Fernsehern Gleichberechtigung

geben neben den öffentlich-rechtlichen Anstalten sichert. Lokal- und Regionalfunk müssen durch ein Landesmediengesetz gefördert werden.

Bürgerrecht auf Informationsfreiheit

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist darauf zu achten, daß bei der Zusammensetzung des Rundfunkrates der Einfluß der Parteien eingedämmt wird. Die Vertretungsberechtigung sogenannter gesellschaftlicher Gruppen ist regelmäßig auf deren Bedeutung zu überprüfen. Die Zulassung privater Programmanbieter ist so staatsfern wie möglich zu regeln. Das Landesmediengesetz muß allen Veranstaltern gleichberechtigt den Zugang zu Kabelnetzen gewährleisten. Private Netzträger sind anzustreben.

Alte und neue Medien müssen die Bedingung für ein vielfältiges Programmangebot sichern, nicht nur eine Vielfalt an Programmanbietern. Ein weitgefächertes Angebot garantiert die Pluralität. Private Doppelmonopole sind zu verhindern. Individuelle und öffentliche Meinungsbildung durch den Rundfunk verlangt die Freiheit des Rundfunks von staatlicher Beherrschung und Einflußnahme. Dem Bürgerrecht auf Informationsfreiheit entspricht gleichwertig das Recht der freien Meinungsäußerung in Hörfunk und Fernsehen.

Der Bürger hat ein uneingeschränktes Recht auf direkten Empfang in- und ausländischer Programme. Antennenverbote sind ebenso wie direkte und indirekte Zwangsanschlüsse an Kabelanlagen unzulässig.

Für die Veranstalter von Rundfunkprogrammen gelten die Programmgrundsätze: Bindung an die verfassungsmäßige Ordnung, Verpflichtung zur Wahrheit, Liberalität, Achtung von Minderheiten, Einhaltung des Jugendschutzes.

Wir halten nichts davon, nach außen Chancengleichheit für private Anbieter zu propagieren, in Wirklichkeit aber durch kaum zu überbietende Barrieren dem öffentlich-rechtlichen System einen unaufholbaren Wettbewerbsvorsprung einzuräumen.

Staatliche Verwaltung — Parteilichkeit gefährdet Gewaltenteilung

Die lange Regierungszeit der Sozialdemokraten hat auch dazu geführt, daß fast alle leitenden Beamten in Ministerien, Regierungspräsidien, Generalstaatsanwaltschaften und Gerichten, einschließlich Verfassungsgerichtshof und Oberverwaltungsgericht, Landesarbeitsamt, die Polizeipräsidenten sowie die Vorsitzenden der Gesellschaften und Unternehmen mit Staatseinfluß der SPD angehören. Die

SPD hat darüber hinaus den öffentlichen Dienst bis hinab zum Pförtner mit ihren eigenen Leuten besetzt. Gleichermäßen gehören in traditionell unionsregierten Gemeinden und Gemeindeverbänden leitende Beamte überwiegend der CDU an. Diese Parteilichkeit des Beamtenapparates gefährdet unser System der Gewaltenteilung, setzt die Herrschaft einer Partei an die Stelle des Parlamentes und

seiner Gesetze, schaltet den Beamtenapparat, der dem Bürger und dem Gemeinwesen zu dienen hat, auf politischen Gehorsam um, beseitigt unabhängige Beratung.

Leistung statt Patronage

Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung bleibt ungenutzt, wenn tüchtige Mitarbeiter nur dann eine Chance auf wichtige Positionen oder Beförderung haben, wenn sie der Mehrheitspartei angehören. Leistung wird zu Lasten des Bürgers durch Patronage ersetzt. Die Demokratie ist gefährdet, wenn der Staat zur Beute einer Partei wird.

Deswegen fordern wir Freien Demokraten eine Erklärung aller Parteien, solchen Mißbrauch des Staates abzustellen. Wir fordern eine Selbstverpflichtung der Parteien zur Zurückhaltung in der parteipolitischen Besetzung von öffentlichen Positionen. Wir fordern die Einstellung und Beförderung der Staatsdiener nach dem Leistungsprinzip. Wir setzen uns dafür ein, vor der Besetzung herausragender öffentlicher Ämter die Qualifikation von Kandidaten in einem Hearing zu überprüfen. Derartige Positionen sind darüber hinaus grundsätzlich öffentlich auszuschreiben. Das Ergebnis von Ausschreibungen ist dem Landtag oder einem seiner Ausschüsse vorzutragen.

Rationalisierung der Verwaltung durch neue Techniken

Wir Freien Demokraten werden uns in der nächsten Legislaturperiode für eine „Große Staatsprüfung“ aller Rationalisierungsmöglichkeiten der Landesverwaltung einsetzen.

Unabhängige, private Unternehmens- und Wirtschaftsberatungsinstitute sollen die Rationalisierungsmöglichkeiten ebenso ausloten wie Fachleute aus der privaten Wirtschaft ihre Berufskollegen in der Verwaltung überprüfen: die Steuerberater die Steuerverwaltung, die Ärzte die Krankenhäuser, die Städte das Land.

Der öffentliche Dienst steht — ebenso wie die Unternehmen der Wirtschaft — vor der Aufgabe, seine Rationalisierungsréserven auszuschöpfen und vor allem Entscheidungsabläufe und Planungen, insbesondere im Umweltbereich für eine neue Vorsorgepolitik, auf neue Informations- und Kommunikationstechniken umzustellen. Die Ausstattung der Büros mit neuer Technik, Computern und Dokumentationszugriffen ist völlig unterentwickelt. Das spiegelt sich in der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ebenso wider wie in der unsystematischen Erfassung und Förderung von Begabungen.

Es gibt Felder, in denen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes kaum etwas zu tun haben, andere, in denen in erheblichem Umfang Personal fehlt. Die Zusammenarbeit mit privaten Ingenieur- und Beratungsfirmen zur Erledigung öffentlicher Planungsaufgaben ist ebensowenig entwickelt.

Es ist verhängnisvoll, wenn die Sozialdemokraten die Einführung neuer Arbeitstechnologien, die Umsetzung und Versetzung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, die Vergabe von Arbeiten an Stellen außerhalb der Verwaltung, ja sogar von Rationalisierungsgutachten an die

Zustimmung der Personalräte knüpfen wollen.

Wir Freien Demokraten kämpfen mit aller Entschiedenheit gegen diese verhängnisvollen Bestrebungen, die Modernisierung des öffentlichen Dienstes noch weiter auf die lange Bank zu schieben, anstatt sie energisch voranzutreiben, wie das in den letzten Jahren hätte geschehen müssen. Der öffentliche Dienst muß effizienter werden.

Entscheidungskompetenz allein bei der Regierung

Die Vorstellungen der SPD tragen den Streik und die Leistungsverweigerung in jede einzelne Behörde und machen Arbeits- und Verwaltungsgerichte zur letzten Instanz. Die Personalräte sind überfordert. Wir Freien Demokraten halten eine Ausweitung der Mitbestimmung auch im Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaften für verhängnisvoll, wenn die Steigerung der Effektivität des öffentlichen Dienstes an die Zustimmung der Gewerkschaften geknüpft wird.

Wir wenden uns gegen derartige Bestrebungen, weil dies gegen verfassungsgemäße Prinzipien verstößt. Die klare Zuweisung von Entscheidungskompetenzen an die Regierung, die von Wählern ausgesprochen wird, darf nicht durch Pakte mit den Gewerkschaften auf diese übertragen werden. Gewerkschaften werden nicht vom Bürger gewählt, sie sind Interessenvertreter ihrer Mitglieder. Der Souverän aber ist das Volk.

Wenn Unternehmen zur Überwindung des „Fachmann-Syndroms“ gezielte Job-Rotation, Kommunikation und Kooperation in den Dienst der Innovation stellen, darf der öffentliche Dienst nicht zurückstehen. Wir werden deshalb die Versetzung zwischen den Behörden, von den Ministerien zur Front und umgekehrt, zwischen den Ressorts, zwischen Universitäten und Unternehmen besonders fördern. Insbesondere das Personalvertretungsgesetz muß mehr Flexibilität bei der Umsetzung und Versetzung von Mitarbeitern einräumen.

Ministerium für den Umweltschutz

Wir Freien Demokraten fordern einen neuen Zuschnitt des Kabinetts, der den heutigen Bedürfnissen entsprechen muß. Dabei stehen Effektivität und behutsamer Umgang mit den anvertrauten Steuergeldern im Vordergrund.

Der Umweltschutz ist in unserem Lande auch in der Administration zu stärken. Die verstreuten Zuständigkeiten sind in einem Ministerium für Umweltschutz zusammenzufassen. Der Zusammenhang zwischen Luft, Boden und Wasser macht es notwendig, auf der Ebene der Regierungspräsidenten eine eigene Umweltschutzabteilung einzurichten.

Auf der Ebene der Landesoberbehörden sind die bisher selbständigen Anstalten — Landesanstalt für Immissionsschutz (LIS), Landesanstalt für Ökologie-Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF), Landesamt für Wasser und Abfall (LWA) — unter einheitlicher Leitung als Landesamt zusammenzufassen. Dieses Prinzip gilt auch für die unteren Landesbehörden, etwa die Gewerbeaufsichtsamter und staatlichen Ämter für Wasser und Abfall.

Waffengleichheit zwischen Umweltnutzern und Umweltschützern

Wir Freien Demokraten fordern vor allem eine Verstärkung des Know-hows im Umweltbereich. Das Land hat das Personal dort erheblich zu verstärken, um die fehlende Waffengleichheit zwischen Umweltnutzern und Umweltschützern sicherzustellen. Die Fachleute des öffentlichen Dienstes müssen die Zusammenarbeit mit sachverständigen und engagierten Bürgern, Wissenschaftlern und Forschern in den Betrieben und Universitäten unabhängig von den Zuständigkeiten des bürokratischen Apparates entwickeln.

Die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden, die ihrerseits ihre Umweltämter stärken müssen, ist auf eine neue Grundlage zu stellen. Sachorientierte Ausbildung, Information über neue Technologien in aller Welt, Informationsreisen und aufgabengerechte Ausstattung der Behörden sind für eine moderne Umweltschutzverwaltung unerlässlich.

Förderung der Tüchtigen

Der öffentliche Dienst muß sich stärker an Zweckmäßigkeit, Verhältnismäßigkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit orientieren. Wir brauchen wieder mehr Zivilcourage, mehr Freiheit für private Verantwortung.

Die Landesregierung hat kein modernes Führungssystem entwickelt, um sich des Sachverstandes und der Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter systematisch zu bedienen. Es gibt keine Qualifikationszirkel, keine Motivation und Information durch und über Ziele der Landesregierung, wenig Teamarbeit. Das Potential der Tüchtigen verkommt weitgehend ungenutzt im Tagesgeschäft.

Der Staat hat immer größere Schwierigkeiten, die aktuellen Probleme zu lösen und die Zukunft zu sichern. Dies nicht, weil die Zahl der Gesetze und Regelungen nicht ausreicht oder weil es nicht genug Behörden und Beamten gibt. Im Gegenteil: es gibt zu viele davon. Die Regelungen und das Netz der Bürokratie sind immer dichter geworden; sie erfassen alle Lebensbereiche des Bürgers — auch seine Privatsphäre.

Abbau der Regelungsdichte und der Überbetreuungspolitik

Die Einverleibung des Bürgers und damit die Durchdringung seiner Privatsphäre mit immer mehr Regelung und Bürokratie ist nicht zuletzt durch die „Überbetreuungspolitik“ verursacht. Die Sozialdemokraten in Bund und Land — sind im Verein mit den Gewerkschaften — dabei, dem einzelnen immer mehr vorzuschreiben, in welcher Art und Weise er sein persönliches Lebensziel zu finden hat. Daß dabei die persönliche Originalität, die persönliche Leistungs- und Gestaltungskraft verlorengeht, nehmen sie in Kauf.

Weitere fünf Jahre absolute Mehrheit der SPD sind eine Garantie dafür, daß diese Entwicklung weitergeht und sich verstärken wird. Darüber hinaus besteht jetzt sogar Gefahr, daß auch die Gemeinden von den Parteizentralen der SPD und der Grünen — im Sinne bundespolitischer oder gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen — ferngesteuert werden.

Durch einen solchen Mißbrauch kommunaler Selbstverwaltung entsteht ein Pro-

zeß neuer Bürokratie, der im Ergebnis zu einer Lähmung örtlicher Selbstverwaltung und Entscheidungskraft, zu einer Gleichschaltung politischer Auseinandersetzung in Bund, Ländern und Gemeinden führt.

Die Sozialdemokraten haben Entbürokratisierung im Lande Nordrhein-Westfalen bislang allein als modisches Schlagwort begriffen; eine wirkliche, dauerhafte Auseinandersetzung mit Ursachen und Folgen der Bürokratie- und Regelungsdichte findet nicht statt.

Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen

Diesen Tendenzen werden wir Freien Demokraten entschieden Widerstand leisten; wir werden für das Land Nordrhein-Westfalen eine neue Politik durchsetzen, die das Verhältnis des Bürgers zur Verwaltung, der kommunalen Selbstverwaltung zur Staatsverwaltung, der nachgeordneten Einheiten zu zentralen Instanzen auf eine neue Grundlage stellt.

Es geht um die Reprivatisierung des verstaatlichten Bürgers, um mehr private Chancen und Eigenverantwortung für Problemlösungen und Zukunftssicherung.

Die Verwaltungen des Landes und der Gemeinden müssen sich in Zukunft auf die Bedürfnisse des Bürgers einstellen und nicht umgekehrt. Sie müssen moderne, rationell arbeitende „Dienstleistungsunternehmen“ für den Bürger werden. Die Landesverwaltung hat sich auf Bedürfnisse der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort einzustellen und nicht umgekehrt. Vor Ort erleben die Bürger den Staat durch eigene Mitgestaltung am ehesten und intensivsten; die Förderung und Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung muß zentrale Aufgabe des Landes und der Landesverwaltung werden.

Anspruchsmentalität fördert die Bürokratisierung

Wir können es nicht hinnehmen, daß die Entscheidungsfreiheit der Gemeinderäte und Kreistage bei wichtigen Aufgaben der Selbstverwaltung durch die Interessenvertretung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes eingeschränkt wird. Auch wenn dies die SPD-Landtagsmehrheit durch die Ausweitung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte in der Novelle zum Personalvertretungsgesetz so beschlossen hat.

Originalität statt „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“

Wir Freien Demokraten haben den Mut, dem Bürger zu sagen, daß auch er selbst Ursachen für die zunehmende Bürokratie schafft. Der Bürger muß erkennen, daß eine ungebremste und von den Sozialdemokraten geförderte „Anspruchsmentalität“ letztlich zu Zentralismus und Bürokratisierung und damit zur Lähmung der Eigenverantwortung führt. Er muß erkennen, daß die eigene und vor „Ort“ selbstverwaltete Originalität ein positiveres staatliches Ordnungsmerkmal ist als die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. Ungleichheit geht vor Gleichheit. Daraus folgt die Notwendigkeit, sein eigenes persönliches und gesellschaftliches Umfeld wieder verstärkt selbst „anzupak-

ken", anstatt auf die Fürsorge des Staates zu warten.

Landtag muß

Regelungsdichte zurückschneiden

Für diese neue Politik muß zunächst der Landtag die ersten praktischen Impulse geben. Alle Gesetzentwürfe und -vorhaben im Landtag müssen in Zukunft ausdrücklich offenlegen, welche Auswirkungen sie auf den „Bürokratiegrad“ im Lande haben. Der Nutzen eines Gesetzes muß in Zukunft jede vermehrte Bürokratie ausdrücklich und nachweisbar überwiegen.

Das Parlament selbst muß seine Arbeit straffen, sich auf politische Leitentscheidungen und Zielkontrolle konzentrieren und den Nachweis für Tüchtigkeit nicht an der Zahl der „mündlichen Anfragen“ oder der Länge schriftlich vorbereiteter Aussprachen bemessen. Der Landtag ist auch kein kommunales Ratsgremium, daß Nordrhein-Westfalen verwaltet, er ist Gesetzgeber und Kontrolleur der wichtigen Entscheidungen der Regierung, nicht aller Verwaltungsakte im Lande.

Das Parlament muß federführend die gesamte Staatstätigkeit des Landes überprüfen und die weitere Eindämmung von Gesetzesflut und Verordnungsdickicht als politische Funktion übernehmen. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort und der Abbau einengender Aufsichts- und Kontrollverfahren durch Ministerialbürokratie und staatliche Mittelinstanzen sind dabei wichtige Aufgaben. Gerade hier sollen alle gesetzlichen Regelungen des Landes auf ihre Notwendigkeit und ihren Umfang besonders kritisch überprüft werden.

Ständige „Bürgerrechts-Kommission“

Mit dieser Aufgabe soll sich eine ständige „Bürger-Rechtskommission“ des Landtags befassen. Deren Aufgabe ist zunächst im Interesse der Bürger und der Wirtschaft des Landes eine umfassende Bestandsanalyse vorzunehmen:

- inwieweit Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften in die Freiheitsrechte beschränkend eingreifen und den Bürger verstaatlichen, bürgerliche Freiheitsrechte gewährleisten beziehungsweise sichern,

- inwieweit sie die am örtlichen Bedarf orientierte Verwaltungstätigkeit beeinträchtigen oder gar unmöglich machen.

Funktionstellung und Aufgabenkritik

Wir werden dafür sorgen, daß die Landesregierung und die Ministerien von überflüssigen Aufgaben befreit werden. Die Ministerien müssen sich in Zukunft auf Regierungs- und Führungsfunktionen konzentrieren. Zwar sieht das Landesorganisationsgesetz diese Funktionsteilung bereits heute vor; allein die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat sich in der Vergangenheit über diese gesetzlichen Regelungen mehr und mehr hinweggesetzt zugunsten einer umfassenden Politisierung des Beamtenapparates.

Die Aufgabenüberprüfung in den Ministerialinstanzen muß Auswirkungen auf deren Personalbestand haben: eine Personalverringerung aufgrund einer entsprechenden Aufgabenkritik ist dabei ehrlicher als die gleichförmigen Personalein-

sparungen ohne Schwerpunktsetzung. Das sozialdemokratische „Rasenmäherprinzip“ vermeidet zwar Konflikte innerhalb der SPD-Landesregierung, ist aber zugleich Beweis für die Führungsschwäche des derzeitigen SPD-Ministerpräsidenten Rau. Diese Personalpolitik der Regierung Rau verhindert jede Aufgabenkritik in der öffentlichen Verwaltung.

Die Ministerialinstanzen müssen begreifen, daß sie nicht dazu da sind, Einzelfallentscheidungen bis hinunter in den örtlichen Bereich zu treffen. Fachbürokratien müssen lernen, daß nicht die Perfektion ihres Bereiches, sondern ihr fachlicher Beitrag zum Wohle des Ganzen und zum Wohle des Bürgers ihre Aufgabe und Funktion ist. Durch entsprechende Ausbildung und Fortbildung muß den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes die Notwendigkeit und der Sinn der neuen Politik vermittelt werden.

Neue Qualität der

kommunalen Selbstverwaltung

Wir fordern eine neue Qualität der kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunalen Mandatsträger, die sachkundigen Bürger und alle sonst engagierten Bürger vor Ort dürfen nicht länger hilflos dem bürokratischen Dickicht der Regelungen und den Abhängigkeiten von Mischfinanzierung und Kontrollrechten gegenüberstehen.

Es ist ineffektiv, über das Institut der Zweckzuweisung im Finanzausgleichsgesetz eine Politik des goldenen Zügels zu betreiben, die nur dazu anreizt, Gelder unter parteipolitischen Gesichtspunkten einzusetzen und am Bedürfnis der Städte und Gemeinden vorbeizuplanen.

Schlüsselzuweisungen statt Einzelförderung

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, die Städtebauförderung durch das Land einzustellen und die freiwerdenden Gelder den Gemeinden über Schlüsselzuweisungen zur Verfügung zu stellen. Dasselbe gilt für Sportförderung, Schulbau, Krankenhausbau, Wohnungsbauförderung, Kindergärten, Volkshochschulen, Weiterbildung, Jugendarbeit und so weiter. Damit werden die Kreise, Städte und Gemeinden nicht nur in die Lage versetzt, ihrem Verfassungsauftrag selber gerecht zu werden, das Land könnte zudem zahlreiche Stellen einsparen, die bisher nur der Geldverteilungsbürokratie dienen.

Der Kommunalisierungsgrad der Pflichtaufgaben liegt in Nordrhein-Westfalen weit über dem Durchschnitt aller Flächenländer. Der Finanzausgleich muß darauf neu eingestellt werden. Er muß die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden

Effektiver Datenschutz mit Auskunftsrecht für den Bürger

Wir Freien Demokraten wollen einen effektiven und wirklichen Datenschutz, der sich auch auf die automatisierte Datenverarbeitung und die Gefahren im Rahmen der neuen Informationstechnologien erstreckt. Datenschutz darf sich nicht allein auf den Schutz vor Datenmißbrauch beschränken. Das Recht jeden Bürgers auf „informationelle Selbstbestimmung“ muß bei der Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe von personenbezogenen Daten gewährleistet sein. Der

stärker fördern. Eine Gemeindefinanzreform darf weder zur Verarmung der Gemeinde führen noch ihre Finanzautonomie schmälern.

Aufgabe von Kommunaufsicht muß es wesentlich stärker als bisher sein, nicht die Gemeinden zu gängeln und zu überwachen, sondern die Entfaltung ihres Selbstverwaltungsrechts vor allem gegenüber einzelnen Fachbürokratien zu unterstützen und zu fördern. Die Gemeinden müssen den Mut zur Entscheidung und zur Verantwortung haben. Die Landesverwaltungen müssen damit aufhören, ihre eigenen Vorstellungen über Zweckmäßigkeit und Angemessenheit örtlicher Bedarfsdeckung an die Stelle des Willens von demokratisch legitimierten Vertretungen in den Gemeinden setzen zu wollen.

Kurskorrektur in der Gebietsreform

Wir sind wegen der Zerstörung gewachsener Einheiten für eine Kurskorrektur in der Gebietsreform. Überall dort, wo die kommunale Neugliederung zu nicht hinnehmbaren Ergebnissen geführt hat, müssen die Fehler eingestanden und wieder behoben werden. Der Wille der Bürger in Kettwig, Wattenscheid, Porz und Hohenlimburg, ihre kommunale Selbständigkeit zurückzugewinnen, wird von uns unterstützt. Plänen zu weiteren Eingemeindungen wird eine klare Absage erteilt.

Freier Wohnungsmarkt statt „sozialem“ Wohnungsbau

Wir Freien Demokraten sind für die Ablösung des sozialen Wohnungsbaus, der mit seiner unsozialen Finanzierung den Wohnungsmarkt gespalten hat, zur Fehlbelegung führt und die Baupreise hoch treibt.

Die angeblich sozial motivierte Zuweisung von Wohnraum drängt junge Familien in zu kleine und zu teure Wohnungen. Die daraus resultierende Fluktuation schafft die Ghettos von morgen. Alle Wohnungen sollen frei auf dem Markt gehandelt werden. Nur so wird es möglich sein, den Wohnungsmarkt zu liberalisieren. Für Bedürftige, Behinderte, Großfamilien und so weiter gibt es Wohngeld. Junge Familien sollen verstärkt die Möglichkeit haben, sich ein Eigenheim zu bauen. Dies soll nicht nur durch steuerliche Anreize gefördert werden. Statt Millionen und Abermillionen den einschlägigen Wohnungsunternehmen aufzudrängen, sollte das Land mit verlorenen Baukostenzuschüssen oder Zinsverbilligungen, die sich an der Kinderzahl der Familie orientieren, konkret im Einzelfall helfen. Dies ist nicht nur effektiver, sondern auch ein Beitrag des Staates, die Kinder aus den Beton-Ghettos herauszuholen.

Bürger muß überprüfen können, welche Daten über ihn, an welcher Stelle, zu welchen Zwecken und zu welcher Gelegenheit gespeichert werden.

Die gesetzliche Regelung des Datenschutzes muß daher verbessert werden; dazu gehört insbesondere:

- Die Kontrollmöglichkeiten des Datenschutzbefragten sind zu verbessern. Er muß rechtzeitig an datenschutzrelevanten Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsplanungen beteiligt werden;

— die Datenverarbeitung im Sicherheitsbereich einschließlich der Amtshilferegulation ist nach den Grundsätzen des Volkszählungsurteils neu zu regeln;

— die Grundregeln des Datenschutzes dürfen nicht nur für die elektronische Datenverarbeitung gelten, sondern auch für die persönlichen Daten in Akten und Aktenansammlungen;

— beim Datenschutz auf Kreis- und Gemeindeebene sind die Kommunalvertretungen maßgeblich einzuschließen;

— der Bürger soll ein Recht auf unentgeltliche Auskunft über seine persönlichen Daten und diejenigen Verbundpartner haben, an die seine Daten weitergegeben werden.

Weiterentwicklung der Inneren Sicherheit

Wir Freien Demokraten fordern den weiteren Ausbau der inneren Sicherheit. Zur Erreichung dieses Zieles ist das Sicherheitsprogramm von 1974, das in Nordrhein-Westfalen von liberalen Innenministern erfüllt wurde, weiter zu entwickeln. Der Schutz des Bürgers und seiner individuellen Rechtspositionen wird vor allem durch die Polizei sichergestellt, die ihre Tätigkeit im demokratischen Rechtsstaat im Rahmen von Recht und Gesetz ausübt. Ihre Funktionsfähigkeit ist zugunsten der Bürger zu erhalten und auszubauen. Die notwendige Weiterentwick-

lung des Sicherheitsprogramms, das unter den Ländern sowie mit dem Bund abgestimmt werden muß, hat insbesondere folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

— Die Freien Demokraten wollen eine Bürgerpolizei und keine Obrigkeitpolizei. Die Polizei ist Teil unserer liberalen Gesellschaftsordnung.

— Der Polizist ist Bürger unter Bürgern. Seine Ausbildung muß stärker auf den Dienst am Bürger ausgerichtet werden. Sein Dienst muß der Ordnung in unserem Lande und dem friedlichen Miteinander der Bürger gelten. Gewalt in jeder Form muß der Polizeibeamte entgegentreten, wie er Verbrechen verhüten und verfolgen muß.

— Die Polizei muß die Nähe des Bürgers, der sie braucht, suchen. Der Bürger im Stadtviertel, im Dorf, in der Siedlung muß seinen Polizeibeamten haben, den Bezirksbeamten. Der Bürger muß aber auch den mobilen, schnellen Polizeitrupp haben, der akute Gefahren, die ihn bedrohen, abwehrt. Die Ausrüstung der Polizei muß diesen Aufgaben entsprechen, das heißt, sie muß erheblich verbessert werden. Auch die technischen Hilfen für die Kriminalitätsbekämpfung müssen erweitert werden. Mit mehr Kriminalisten und mit mehr und besserer Technik muß unter Wahrung eines vernünftigen Datenschutzes die steigende Kriminalität eingeschränkt werden.

— Den Opfern der Kriminalität muß in Zukunft schneller und umfassender geholfen werden. Dabei ist auch das Modell Niedersachsen heranzuziehen, das heißt Beschäftigung von Sozialarbeitern auf den Polizeidienststellen bei speziellen Delikten, wie Kindesmißhandlungen, sexuellem Mißbrauch von Kindern und bei Familienstreitigkeiten.

— Polizeibeamte kommen aus allen Schichten des Volkes. Die Einheitslaufbahn gibt jedem eine Chance, sie muß erhalten bleiben. Die Laufbahngruppen müssen durchlässiger werden. Die Arbeitsbedingungen der Polizisten sollten verbessert werden, da gibt es noch viele ungenutzte Möglichkeiten — Erleichterungen im Schichtdienst, Freistellung von polizeifremden Arbeiten — mehr Angestellte und Verwaltungsbeamte in die Büros sowie an die Technik. Hier können neue Arbeitsfelder erschlossen werden zur Entlastung der Schutz- und Kriminalpolizei von Büroarbeiten, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zum Nutzen des Bürgers.

— Eine Weiterentwicklung der privaten Sicherheitsdienste zu Organisationen mit polizeiähnlichen Aufgaben ist mit liberalen Grundwerten nicht zu vereinbaren.

— Wir Freien Demokraten sind gegen eine Verschärfung des Demonstrationsrechts.

Konsequenter Umweltschutz

Die Wirtschaft hat dem Menschen zu nutzen. Es ist darum unsere Pflicht, unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Wir dürfen unseren Gegenwarts-konsum nicht höher bewerten als ihre Zukunft. Der notwendige neue Generationenvertrag mit den Jungen erfordert unsere Solidarität mit der Natur.

Gerade weil wir heute schon unter den Versäumnissen der Vergangenheit leiden, müssen wir nicht nur unsere Umwelt sanieren, sondern vorausschauenden, präventiven Umweltschutz betreiben. Umweltschutz, der vorhersehbare Schäden gar nicht erst entstehen läßt. Dies kann aber letztlich nur Erfolg haben, wenn jeder Einzelne ideell und materiell darum bemüht ist.

Das Verursacherprinzip, das wir Freien Demokraten eingeführt haben, und die — dank der ständigen Bemühungen der F.D.P. — ausreichenden Gesetze, Verordnungen und Vorschriften zum Schutz der Umwelt sind so lange unwirksam, wie es an der konsequenten Durchsetzung und der effektiven Kontrolle mangelt. Wir werden das erhebliche Vollzugsdefizit abbauen.

Ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft

Umweltschutz funktioniert dort am besten, wo er nach den Regeln der sozialen Marktwirtschaft durchgesetzt werden kann. Wir brauchen eine „ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft“, für die es selbstverständlich ist, daß Kosten, die durch unterlassenen Umweltschutz und daraus erwachsene Schäden entstehen, sorgfältig abzuwägen sind gegen die Kosten des Umweltschutzes.

Maximalforderungen, die ganze Industrien

stillegen wollen, sind ebenso fehl am Platz wie die generelle Entschuldigung aller Umweltsünden mit dem Hinweis auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Verspäteter Umweltschutz ist vor allem auch ein teurer Umweltschutz. Arbeitsmarktlagen wechseln. Umweltschutz aber gebietet, in langen Zeiträumen zu denken. Für die F.D.P. ist es das Ziel, dem Um-

weltschutz innerhalb der vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen mehr Raum für Selbstregelungen zu lassen. Die aktive Mitwirkung der Bürger kann und darf nicht dadurch ersetzt werden, daß man dem Staat alle Verantwortung zuschiebt. Dann entsteht auch die Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten.

Energiepolitik — Saubere Energie statt hoher Schornsteine

Trotz der hohen Kosten für die Umstellung der Arbeitsplätze an der Ruhr auf neue Umwelttechnologien muß die Entwicklung umweltfreundlicher Techniken energisch vorangetrieben werden.

Es darf nicht dazu kommen, daß die einseitige Kohlevorrangpolitik, die — ohne gleichzeitige Absicherung im Umweltschutz — zu dem „sauren Regen“ entscheidend beigetragen hat, weitergeführt wird. Diese Politik hat aus Furcht vor Kernkraftwerken, Alternativenergien und Strompreiserhöhungen als Folge des Einbaus von Entschwefelungsanlagen den Ausweg im Bau von hohen Schornsteinen gesucht, SO₂-Emissionen großräumig verteilt, anstatt sie an der Quelle zu bekämpfen.

Entwicklung neuer Umwelttechnologien

Die einseitige Kohlevorrangpolitik hat die Entwicklung deutscher Umwelttechnologien verzögert und damit dem Export solcher Techniken für einen Weltkohlemarkt in Höhe von zwei Milliarden Tonnen pro Jahr einen schlechten Dienst erwiesen. Blauer Himmel über der Ruhr durch Export von Schadstoffen in andere Landesteile und Länder und die Vernach-

lässigung der Chancen für neue Technologien war ein Wahlkampfversprechen mit schlimmen Folgen. Anstatt mit den Energieversorgungsunternehmen frühzeitig Vereinbarungen nach dem Kooperationsprinzip zu schließen, haben sie die eigene Verantwortung als Landesregierung wegen des Vorrangs einer unkritisch beurteilten Kohlevorrangpolitik nicht wahrgenommen.

Braunkohle In energiepolitisches Gesamtkonzept einbauen

Die ökologischen Auswirkungen des Braunkohleabbaus sind jahrelang unterschätzt worden, weil man die Braunkohle zu sehr in ihrer Funktion sah, den Mischpreis mit der Steinkohle günstiger zu gestalten, und weil man die Kernenergie ausschalten wollte. Wir fordern einen Braunkohleplan bis ins nächste Jahrtausend, der die Spätfolgen mit einbezieht. Angesichts der erheblichen Grundwasserbeeinträchtigungen durch den Braunkohle-Tagebau dürfen weitere Abbaueinigungen und Wasserrechte erst dann vergeben werden, wenn über die Langzeitfolgen und die Minimierungsmöglichkeiten der bergbaubedingten Schäden Klarheit entstanden ist und außerdem die Kostenfrage der Sanierung

und der Vermeidung schwerwiegender ökologischer Schäden geklärt ist.

Nur so können Alternativenergien mit ihrem „Für und Wider“ in den energiepolitischen Entscheidungsprozeß einbezogen werden. Das gilt speziell für die Kernenergie mit ihren Möglichkeiten zur Gewinn-

nung neuer Märkte für die Braunkohle.

Regionale Energiekonzepte

Wir messen regionalen Energiekonzepten unter Einbeziehung aller Energiequellen, deren Einsparungs- und Verbundmöglichkeiten große Bedeutung zu.

Schutz des Bodens — Schwerpunkt im Umweltschutz

Wir Freien Demokraten betrachten die Kontaminierung des Bodens wegen der damit verbundenen Langzeitwirkung als größte Umweltschutzaufgabe der nächsten Legislaturperioden. Es ist umgehend ein Kataster der Belastungen durch Schwermetalle und chlorierte Kohlenwasserstoffe für das ganze Land aufzustellen, um das wahre Ausmaß der Beeinträchtigung des Bodens zu ermitteln. Insbeson-

dere müssen die bestehenden Grenzwertüberschreitungen durch rechtzeitige Vorgaben für die Änderung bestimmter Produktionsverfahren gestoppt werden. Wir werden uns dabei mit besonderer Aufmerksamkeit um die Beeinträchtigung des Bodens, aber auch des Wassers durch Immissionen aus der Luft kümmern.

Gewässerreinigung — Sanierung des Rheins vorantreiben

Wir Freien Demokraten wollen mit der Sanierung des Rheins und seiner Nebenflüsse einen weiteren Schwerpunkt setzen.

Ein entscheidender Durchbruch in der Reinhaltung des Rheins ist in den letzten Jahren nicht erzielt worden. Allerdings hat sich seit 1972 die Sauerstoffsituation des Flusses ständig verbessert. Fische sind in den Rhein zurückgekehrt, die man lange Zeit vermißte. Die Gehalte an Schwermetallen sind nur leicht gesunken, der Nitritgehalt ist dagegen gestiegen. Die Chloridfrachten haben sich praktisch nicht verändert.

Die Sanierung des Rheins als Trinkwasserspender ist deswegen besonders dringlich. Es muß weiter Druck auf Gemeinden und Industrie ausgeübt werden, Klärwerke auf dem Stand der Technik zu halten oder entsprechend auszubauen und Produktionsverfahren so zu ändern, daß die Belastungen des Rheins sinken. Die Einleitrichtlinien sind im Hinblick auf die Trinkwassergewinnung aus Rheinwasser zu überprüfen. Bei den chlorierten Kohlenwasserstoffen ist ein besonderer Nachholbedarf zu erfüllen.

Nordrhein-Westfalen muß, da es am Unterlauf des Rheins liegt, ein natürliches Interesse haben, sich für eine Revision der internationalen Rheinabkommen einzusetzen, vor allem aber nationale Abkommen mit anderen Bundesländern zu initiieren. In diesem Bereich hat Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren viel versäumt.

Der Alarm- und Meßdienst am Rhein muß durch häufigere Messungen und bessere Meßmethoden entscheidend auf eine neue Grundlage gestellt werden. Erforderlich sind hierzu: Verringerung der Untersuchungsabstände, Untersuchung auf Substanzen der Schwarzen Liste, Einbeziehung von Summenparametern, vor allem aber Eigenverantwortung der Abwasserreinleiter von trinkwasser-relevanten Schadstoffen, Ausbau einer Gewässergüterüberwachung im Hinblick auf Stör- und Schadstoffe.

Wir werden uns in der nächsten Legislaturperiode für einen Bewirtschaftungsplan für den Rhein und seine Nebenflüsse unter frühzeitiger Beteiligung der Gemeinden einsetzen, der den Unternehmen, Kommunen und ihren Klärwerken bessere Vorgaben macht.

Wir unterstützen Pläne der Bundesregierung, für besonders wassergefährdende

Stoffe Einleitungsbegrenzungen vorzusehen und die Abwasserschädlichkeit neu zu bestimmen und in die Aufgabenlösung einzubeziehen. Solche Begrenzungen müssen auch für Einleitungen in das öffentliche Kanalnetz gelten, da eine Entfernung dieser Schadstoffe am ehesten dort gelingt, wo sie anfallen.

Abwasserpipeline untersuchen

Wir werden untersuchen, ob es technisch möglich und sinnvoll ist, als internationales Projekt eine Abwasserpipeline von Straßburg bis Rotterdam zu bauen, um den Rhein schneller zu sanieren und in zentralen Klärwerken die neuesten Techniken zu nutzen.

Zeitbombe Altablagerungen

Wir halten die Durchführung der Ermittlung und der Bestimmung des Gefährdungspotentials von Altablagerungen, den tickenden Zeitbomben, für völlig unzureichend. Die Dunkelziffer ist hier besonders hoch. Die Sanierung ist völlig ungewiß. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode die notwendigen Sanierungsmaßnahmen in Angriff nehmen.

Abfallwirtschaft statt Abfallbeseitigung

Wir sind der Auffassung, daß beim Übergang von der Abfallbeseitigung zur Abfallwirtschaft kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere in der Reststoffverwertung, eine große Bedeutung zukommt. Sie dürfen nicht durch Monopole der öffentlichen Hand behindert werden, ihrer Aufgabe nachzukommen. Die getrennte Abfallbeseitigung ist überall zu fördern. Für das Ruhrgebiet darf keine

Durchsetzung des Umweltschutzes — Vorsorgepolitik statt Zufallsumsetzung

Die von der Landesregierung praktizierte Umsetzung von Umweltgesetzen nach dem Zufallsprinzip oder dem zufällig vorhandenen Know-how der durchführenden Behörde ist kein taugliches Instrument mehr. Vorsorgepolitik muß die von der Landesregierung praktizierte, völlig unzureichende Umsetzung von Normen in Einzelfällen ablösen. Diese Vorsorgepolitik muß eine Raumplanung einbeziehen, die Umweltqualitätsziele als regionale Standards in den einzelnen Räumen für Luft, Boden und Wasser gemeinsam aufstellt und größeren Emissionsquellen Schadstoffkontingente zuteilt, da sie von Ge-

Ausnahme gelten, nur weil das Rohstoffrückgewinnungszentrum Herten eine Fehlkonzeption ist.

Wasserwirtschaftliche Gesamtstrategie

Ein Gesamtplan für den sorgsamen Umgang mit Grundwasser ist notwendig. Es kann hier nicht länger bei Einzelfallbetrachtungen für einzelne Stoffe und einzelne Räume bleiben. Wir halten insbesondere für die linke Rheinseite — aber auch für das Siegerland und das Bergische Land — eine wasserwirtschaftliche Gesamtstrategie für erforderlich. In ein solches Grundwasserschutzprogramm sind unter anderem einzubeziehen:

- die Rhein-Braun-Problematik;
- die Auswirkungen der Bergsenkungen von Steinsalz- und Steinkohlebergbau;
- die Auswirkung der EG-Richtlinie für die Trinkwasserversorgung;
- Die Schadstoffbelastung des Rheins;
- die gesamte Talsperrenproblematik, insbesondere die Naabachtalsperre;
- die Interessen der Großstädte an Wasserlieferungen;
- die Interessen der kleinen Gemeinden auf Erhaltung ihrer Landschaft.

Derartige Gesamtlösungen wollen wir auch für die anderen Räume des Landes. Es kann daher nicht länger angehen, daß die Großstädte ihre Wasservorräte entweder schon ausgeschöpft haben oder weiter ausschöpfen, aber ländliche Gebiete als Reservegebiete zum Stillstand in ihrer Entwicklung verpflichtet werden. Jeder muß das für ihn mögliche tun, um dem Wassermangel abzuwehren. Es muß zu einem Lastenverteilungsverhältnis zwischen Stadt und Land kommen.

Die Großstädte dürfen sich nicht automatisch darauf verlassen, in ländlichen Gebieten schon genug Wasserreservegebiete vorfinden zu können. Es gibt keine Grünkolonien für Großstädte.

Bewirtschaftungspläne für das Grundwasser

Wir fordern Bewirtschaftungspläne für die schonende Nutzung des Grundwassers und zur Erhaltung der vorhandenen Grundwasserströme. Niederschlagswasser soll versickern können, nicht abfließen müssen in die Vorfluter. Es darf nur so viel Wasser entnommen werden, wie sich neu bildet. Das Wassersicherstellungsgesetz darf nicht nur für den Verteidigungsfall gelten, sondern muß auch nach zivilen Maßstäben anwendbar sein. Verbrauchsfördernde Wassertarife sind abzuschaffen.

samtmenge ausgeht.

Moderne Umweltschutzpolitik ist vor allem eine große Herausforderung an die Managementqualitäten des Landes, die bisher mehr als zu wünschen übrig läßt.

Der Staat ist ein zahnloser Tiger im Umgang mit den Unternehmen. Es gibt keine Waffengleichheit. Das eigentliche Versäumnis der SPD liegt darin, ein Umweltmanagementsystem nie entwickelt zu haben. In einer Legislaturperiode drei Minister für diesen Bereich verschlissen zu haben, macht das Versagen der Sozialdemokraten deutlich.

Umweltschutz in einer Hand neu ordnen

Ohne Konzentration des Umweltschutzes in einer Hand, in einem Ministerium, ohne Vergrößerung des Know-hows der Verwaltung, also ohne Fachpersonal — insbesondere Geologen, Physiker, Chemiker, Hydrologen, Lebensmittelchemiker — ist keine Verbesserung des Umweltschutzes zu erreichen. Ohne Aufbau wissenschaftlicher Dokumentationssysteme mit Zugriff für alle, stärkere Einbindung der Gemeinden, neuartige Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Praktikern, ist die notwendige Intensivierung des Umweltschutzes nicht zu schaffen. Es ist in erster Linie eine neuartige Managementaufgabe, agieren statt reagieren ist hier gefragt.

Das erhebliche Vollzugsdefizit in Nordrhein-Westfalen ist — angesichts der Ressortstreitigkeiten innerhalb der Landesregierung zwischen dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des häufigen Wechsels im Amt des Landwirtschaftsministers — kein Wunder. Deshalb ist Wasser- und Bodenpolitik im Management von Grund auf neu zu organisieren. Dieser Bereich braucht größere Stetigkeit.

Instrumente des Umweltschutzes

Wirksame Instrumente eines vorbeugenden Umweltschutzes sind:

- das Klagerecht für anerkannte Natur- und Umweltschutzverbände (Verbandsklage);
- die Umweltverträglichkeitsprüfung für Raumordnung, Landesplanung und Bauleitplanung sowie alle umweltrelevanten Produktionsverfahren und Produkte;
- der Biotop- und Artenschutz.

Bäuerlich strukturierte Landwirtschaft

Nur eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft sichert und erhält die Vielfalt unserer Landschaft. Nur ein sinnvolles Miteinander von Haupt-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben gewährleistet eine breite Streuung des Eigentums. Mit der Produktionsvielfalt sichert die Landwirtschaft die Versorgung unserer Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsgütern. Sie leistet damit zugleich einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der bäuerliche Familienbetrieb ist dafür der beste Garant.

Lebensräume des Menschen — Freiräume für Fußgänger und Radfahrer in den Städten

Wegen der heute noch mangelnden Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs hat der individuelle Autoverkehr so zugenommen, daß die Stadt als Freiraum für Fußgänger, Kinder und alte Menschen, als Ort der Begegnung unattraktiv geworden ist. Kurskorrekturen sind deshalb unbedingt erforderlich. Wir Freien

Wir treten dafür ein, bäuerliche Betriebe sowie neue landwirtschaftliche Produktionsmethoden zu fördern, die dem Schutz unserer Natur und der Landschaft dienen.

Die notwendigen Bemühungen um einen umfangreichen Arten- und Biotopen-schutz, der Aufbau eines wirkungsvollen Biotopenetzes und neuer Wege zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft können nur mit den Landwirten gemeinsam gegangen werden. Initiativen einzelner Bürger, sowie von Naturschutzverbänden zur Erhaltung und zur Pflege von Biotopen, zum Schutz gefährdeter Pflanzen und Tiere, werden wir tatkräftig unterstützen.

Wir setzen auf die Zusammenarbeit von Landwirten, Landwirtschaftskammern und Agrarwissenschaftlern.

Land als Vorbild im Naturschutz

Das Land muß Vorreiter sein, wenn es darum geht, insbesondere auf landeseigenen Grundstücken eine lebenswerte Umwelt zu erhalten und weiterzugestalten. In der Land- und Forstwirtschaft, im Bereich der Flurbereinigung kann das Land vorbildlichen und beispielgebenden Naturschutz betreiben. Dabei sind die Flächen für den Naturschutz zu vergrößern und die Grundsätze naturgemäßer Waldwirtschaft bei der Waldbewirtschaftung stärker zu berücksichtigen.

Tierversuche einschränken

Die F.D.P. setzt sich im Interesse des Tierschutzes für eine drastische Einschränkung der Tierversuche für kommerzielle Zwecke ein.

Stufenplan zum Abbau gefährdender Technologien

Wir fordern einen Stufenplan zum Abbau besonders menschen- und umweltgefährdender Technologien. In einem solchen Stufenplan sind Produkte und Produktionsverfahren auf eine schwarze Liste zu setzen, die zu einem bestimmten Stichtag auslaufen oder umgestellt sein müssen. Umweltpolitik muß berechenbar werden. Dann kann sich die Industrie rechtzeitig auf Neuentwicklungen einstellen oder den Stand der Technik wieder erreichen. Das gilt besonders für die Stoffe, die Boden und Wasser beeinträchtigen, sowie für Verfahren, die hinter dem Stand der Technik zurückbleiben.

Demokraten messen deshalb der Wiedergewinnung des Freiraumes für Fußgänger und Radfahrer in den Städten große Bedeutung zu. Es bleibt Aufgabe der Politik, öffentliche Nahverkehrssysteme so zu gestalten, daß sie von möglichst vielen Bürgern angenommen werden.

Langfristprogramm für verkehrsfreundliche Ortslagen

Wir setzen uns ein für ein Langfristprogramm, um Städte und Gemeinden in den Ortslagen verkehrsfreundlicher zu machen. Zum sinnvollen Nebeneinander der Verkehrsträger fordern wir verstärkt die Anlage von Abstellmöglichkeiten für Pkw und Fahrrad an den Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs. Hierzu gehört ein Langfristprogramm „Radweg“. In den größeren Städten ist der Radwegbau sträflich vernachlässigt worden, sind Bürgersteige durch parkende Autos zugestellt. Der Radfahrer muß Radwegenetze schnell erreichen können. Hier sind auch einzelne Straßen so umzustellen, daß sie entweder überhaupt nicht mehr oder lediglich als Einbahnstraßen für den Autoverkehr zur Verfügung stehen.

„Entbehrliche“ Straßen einziehen

Wir werden die geplanten Straßennetze einer gründlichen Überprüfung im Hinblick auf zu erwartende ökologische Schäden unterziehen. Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, daß zur Wiederschaffung ökologisch wertvoller Gebiete wie zum Beispiel Feuchtbiotope und Naturlandschaften diejenigen versiegelten Flächen und Straßen abgetragen werden, die sich nach einer solchen Prüfung als „entbehrlich“ herausgestellt haben.

Umweltvorsorge

Es geht nicht an, Schäden in der Umwelt deshalb eintreten zu lassen, weil der naturwissenschaftliche Verursachernachweis nicht im einzelnen erbracht werden kann. Umweltvorsorge kann sich an Wahrscheinlichkeitskriterien orientieren. Kommt für gewisse Schäden nur ein Unternehmen als Verursacher in Frage, dann muß es für die Frage der Zurechenbarkeit eine neue Risikozurechnung geben.

Umkehrung der Beweislast

Nicht der Geschädigte hat nachzuweisen, daß Schäden von bestimmten Unternehmen oder Produkten ausgehen, sondern Unternehmen, die mit Wahrscheinlichkeit als Verursacher in Frage kommen, müssen selbst nachweisen, daß sie die Schäden nicht verursacht haben können. Dies ist hinreichend und notwendig.

Marktwirtschaftliche Instrumente für den Umweltschutz

Marktwirtschaftliche Instrumente für den Umweltschutz sind als Rahmenbedingungen für die Industrie stärker zu nutzen. Dazu gehören die Abgabenregelungen, ebenso Steuergutschriften als Bonusssystem und erhöhte Abschreibungen für umweltfreundliches Verhalten sowie Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Kommunen. Die neuen Möglichkeiten des Bundesimmissionsschutzgesetzes, Ausgleichs- und Glockenlösungen zuzulassen, erfordern eine neue Einstellung der Verwaltung.

Zukunftschancen in Schule, Hochschule und Beruf

Die junge Generation in Nordrhein-Westfalen ist keine Generation von „Aussteigern“. Die weitaus meisten Jugendlichen wollen vielmehr „einsteigen“ und persönliche Leistungen einbringen, wenn man sie nur leisten läßt. Diese jungen Men-

schen haben es satt, von Politikern als „verlorene Generation“ beklagt zu werden. Sie suchen Entfaltungsmöglichkeiten, gerade im wirtschaftlichen Bereich. Beruf und Arbeit sind daher für die heranwachsende Generation von entscheidender

Bedeutung. Dies gilt auch im Hinblick auf ihre gesellschaftliche und soziale Integration. Dem Einzelnen sichern sie nicht nur eine materielle Existenzgrundlage, sondern sie vermitteln ihm Selbstwertgefühl, Identität und Selbstbewußtsein.

Ausbildungsplätze fehlen — trotz größter Anstrengungen der Betriebe

Seit einigen Jahren lebt ein Teil der Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen mit der Erfahrung, daß Ausbildungs- und Arbeitsmarkt keine oder nur sehr geringe Chancen bieten. Ein großer Teil von Jugendlichen hat die Sorge, keinen Ausbildungsplatz zu erhalten oder nur in einem ungewollten Beruf. Dieses schwerwiegende Problem hat die SPD zu spät erkannt. Heute sucht sie die Schuld dafür bei anderen. Wir Freien Demokraten würdigen die Leistungen von Handwerk, Handel, Industrie und freien Berufen: Das Ausbildungsplatzangebot wird jährlich auf neue Rekordhöhen gesteigert. Dennoch: immer größer wird die Zahl derjenigen Jugendlichen, die heute in Nordrhein-Westfalen nicht mehr die Form der Ausbildung finden, die sie aufgrund ihrer Neigungen, Interessen und Fähigkeiten anstrebt.

Kurzfristig realisierbare Lösungen

Die vorübergehend geburtenstarken Jahrgänge fordern von uns befristete Lösungen, die kurzfristig realisierbar sind:

- zeitlich begrenzte steuerliche Vorteile für solche Betriebe, die weitere Ausbildungsplätze schaffen;
- Förderung von örtlichen Ausbildungsverbänden zwischen mehreren Betrieben im dualen System;
- Erhöhung der Ausbildungsplätze in den Unternehmen, auf die das Land Nordrhein-Westfalen Einfluß hat;
- Abbau bestehender und Verhinderung neuer ausbildungs- und beschäftigungs-

Schullandschaft — verarmt durch Fixierung auf die Gesamtschule

Wir werfen der SPD vor, wegen ihrer Fixierung auf die Gesamtschule als geplante Einheitsschule die Schulen in unserem Land nicht so entwickelt zu haben, daß darin die Vielfalt an Begabungen und Intelligenz genügend gefördert worden ist. Unsere Schullandschaft ist verarmt. Sie hat neue Ideen nicht aufgenommen. Um Begabten und Intelligenten eine bessere Chance zu geben, werden wir Freien Demokraten uns für eine „qualifikationsoffensive Schule“ einsetzen. Ein Volk verkümmert, wenn es nicht herausragende Leistungen ermöglicht.

Wir wollen, daß die Schulen im Lande wieder selbständig und eigenverantwortlich geleitet werden. Die Schulen dürfen nicht länger am Gängelband der Schulaufsichtsbehörden hängen. Sie sollen offen die Möglichkeit haben, das Leben ins Klassenzimmer zu holen, um interessante Menschen und Berufe kennenzulernen.

Wir wollen, daß unsere Kinder nicht auf die Käseglocke des Klassenzimmers beschränkt werden, sondern auch vor den Toren der Schule in der Stadt, in der sie leben, das Leben begreifen. Sie sollen die Freiheit zum Experimentieren haben. Wir wenden uns gegen die ständig anwachsende Zahl von Rahmenrichtlinien, Erlassen und Genehmigungen. Wir wollen mehr Freiräume und gleichzeitig mehr verlässliches, kontinuierliches Arbeiten für Lehrer, Eltern und Schüler ermöglichen.

Neue Techniken auch in den Schulen

Wir werden uns dafür einsetzen, in den allgemein- und den berufsbildenden

hemmender Vorschriften, zum Beispiel Abschaffung des Bildungsurlaubsgesetzes und Ausweitung der Berufsschulpflicht;

— Lockerung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter zugunsten privater Initiativen.

Ausbildung als Investition in die Zukunft

Wir appellieren dabei an alle Verantwortlichen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, ihren jeweiligen Einfluß geltend zu machen, um das Ausbildungsplatzangebot vollständig zu erhellen und wo immer möglich zu erweitern. Wir lehnen von der SPD geplante allgemeine „staatliche Ausbildungsmaßnahmen“ ab, da sie nur neue Benachteiligungen schaffen können. Ebenso wenden wir uns gegen Strafcharakter und zweifelhaften Sinn einer Ausbildungsplatzabgabe. Vielmehr rufen wir zu sozialem Engagement und zur Einsicht in gesellschaftspolitische Pflicht auf.

Wir sagen mit Nachdruck allen Verantwortlichen: Wer heute nicht bereit ist, in die Zukunft der Jugend zu investieren, der schadet auch sich selbst, wenn er morgen auf die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen jener angewiesen ist, die heute vor der Tür stehen. Und er wird die Rechnung für den Kampf gegen zunehmenden Alkoholmißbrauch, Drogenkonsum und wachsende Jugendkriminalität zu begleichen haben.

Schulen angemessen auf die neuen Techniken vorzubereiten. Zur Qualifikationsoffensive sind alle Schulen aufgefordert.

In den Schulformen der Sekundarstufe I geht es dabei unter anderem um eine informations- und kommunikationstechnische Grundbildung. In der gymnasialen Oberstufe, in den beruflichen Schulen und in der Kollegschule sind Fächer wie Informatik und die für den späteren Beruf wichtigen Technologien aufzunehmen und zu stärken. Schule muß dabei Qualifikationen vermitteln, die zur Beherrschung der neuen Techniken führen. Auch die Lehrerfortbildung hat sich darauf einzustellen.

Schwerpunktschulen und Wettbewerb

Wir wollen die im Gesetz angelegten Möglichkeiten ausbauen, Schwerpunktschulen für die Sekundarstufe II mit besonderer Pflege der Naturwissenschaften, der Sprachen, des Sports und der Musik zu schaffen. Wir glauben, daß der Rückgang der Schülerzahlen in den nächsten Jahren solche Schwerpunktbildungen insbesondere für die Gymnasien sinnvoll macht.

Die Schulen müssen wieder stärker im Wettbewerb stehen. Das können sie nur, wenn sie die Freiheit haben, ihr Programm und die Auswahl der Lehrer, mit denen sie arbeiten wollen, selbst zu bestimmen.

Lehrer zur Fortbildung verpflichtet

Lehrer sollten allerdings auch verpflichtet

werden, einen Teil ihrer unterrichtsfreien Zeit — und dazu zählen auch die Schulferien — der eigenen Fortbildung zu widmen.

Einsatzreserve gegen Stundenausfall

Wir ärgern uns, daß so häufig der Unterricht ausfällt, weil offenbar das Beamtenrecht und die Zentralbürokratie des Kultusministeriums nicht flexibel reagieren können. Da hilft keine Planstellenakrobatik, sondern nur eine „Einsatzreserve“ tüchtiger Lehrer, damit bei Mutterschaftsurlaub und längerer Erkrankung, bei besonderen Verpflichtungen von Lehrern für die Ausbildung ihrer Kollegen, kein Unterricht mehr ausfallen muß.

Das Beamtenrecht muß flexiblere Lösungen bereithalten, damit der Staat in Zukunft auf veränderte Nachfrage elastisch reagieren kann. Für die Kinder in den Schulen, die in zu großen Klassen lernen müssen, ist es kein Trost zu hören, demnächst würden weniger Kinder in die Schulen kommen. Sie haben sich nicht dem Beamtenrecht anzupassen, das Beamtenrecht und der Staat haben sich ihnen anzupassen.

Miteinander statt Konflikt als Lernziel

Wir sind dagegen, daß eine falsch verstandene Konflikttheorie ein Bild des Lebens zu vermitteln sucht, das vom Klassenkampf beherrscht wird. Wir wollen, daß auch die Schulen junge Menschen ermutigen, die Aufgaben zu lösen, die ihnen das Leben stellt. Wir wollen kritisch eingestellte junge Menschen, die aber auch wissen, wie notwendig die Gemeinschaft ist.

Zu unserem Lebensbild gehört nicht nur die Freude an der Kunst, die Kenntnis über den Aufbau der Natur oder das Vermögen, die Schönheit eines Gedichts zu erleben. Dazu gehören auch die Fähigkeit und die Einsicht, anderen Menschen zur Entfaltung und Bereicherung ihres Lebens verhelfen zu können. Wir glauben, daß die Ethik, die auf das Miteinander, nicht das Gegeneinander setzt, vernachlässigt worden ist. Wir halten eine Sozialethik für notwendig, die wieder die Rücksicht auf andere lehrt.

„Lernen für die Welt — Lernen von der Welt“

Wir wollen ein Programm „Lernen für die Welt, lernen von der Welt“, für das wir auch Bürger aus Unternehmen, Ingenieurbüros und Banken gewinnen wollen, die sich in der Welt auskennen.

Wir unterstützen private Schulen und Universitäten. Wir sehen in ihnen eine inhaltliche Bereicherung und Herausforderung für das öffentliche Bildungswesen. Initiativen wie „Jugend forscht“ beweisen, was zum Beispiel Kinder und Jugendliche leisten können, wenn man traditionelle Grenzen überwindet.

Kein Verdrängungswettbewerb Gesamtschule gegen Gymnasium

Wir respektieren die Gesamtschule, wenn sich Eltern hierfür entscheiden. Wir sind aber gegen den Verdrängungswettbewerb zwischen Gesamtschule und Gymnasium, wie er in vielen Gemeinden Nord-

rhein-Westfalens praktiziert wird. Wir sind auch dagegen, wenn sich hier aus Angst vor leistungsgemäßer Differenzierung Billigabschlüsse ergeben. Die Erfahrung zeigt, daß Billigabschlüsse das spätere Berufsleben nicht erleichtern. Im Gegenteil, sie werden zum Handikap. Es muß vergleichbare Abschlußqualifikationen für vergleichbare Schulen geben.

Wir sehen die Kollegschule als besonders geeignet an, Schule und Berufsvorbereitung frühzeitig zu koppeln. Ein Unterricht, der handwerkliches, praktisches, konkretes und anschauliches Lernen beinhaltet, muß sich solch eine Schulform schaffen.

Ausbildungssysteme der Wirtschaft — Lernen in der Praxis und von der Praxis

Neben den Fachhochschulen und Universitäten kommt den Ausbildungssystemen der Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu.

Der Fortschritt unserer Gesellschaft liegt nicht in einer Überakademisierung ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt. Ingenieure, Facharbeiter oder Handwerksmeister bestimmen weiter unsere Arbeitswelt. Deswegen liegt die Herausforderung der nächsten Jahre darin, zwischen Hauptschule und Realschule, Berufsschule und den Ausbildungswegen in den Unternehmen im dualen System zu neuen Ausbildungsverbänden zu kommen, die die Tradition des Meisters und des Lehrlings neu belebt.

Volontariat zur Berufsfindung

Wir möchten wieder an die Einrichtung des Volontärs anknüpfen und zusammen mit Unternehmen und Betrieben, Universitäten und Verwaltungen Angebote entwickeln, um in der Praxis und von der Praxis zu lernen, in welchen Feldern Jugendliche ihr berufliches Leben verbringen wollen. Wir fordern für Gymnasiasten und für Studenten im Grundstudium ein berufsorientiertes Praktikum.

Einvernehmens-Rechte für Innungen und Kammern ausbauen

Die Einvernehmens-Rechte für Innungen und Kammern sind auszubauen. Keine weitere Einschränkung der betrieblichen Ausbildung. Orientierung des Berufsschulunterrichts an den berufsspezifischen Anforderungen, ihrem Praxisbezug und Unterweisung in Betriebs- oder überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Neuzuschnitt von Berufsfeldern, flexiblere Gestaltung von Ausbildungsförderungen und Rahmenlehrplänen, besondere Ausbildungsgänge für besondere Gruppen. Die Aussagefähigkeit von Abschlußzeugnissen ist wiederherzustellen. Die Meisterprüfung ist der Fachoberschulreife gleichzustellen.

Ausbildungsverbände zwischen mehreren Betrieben sind zu erleichtern. Ausbildungsbörsen sollten mehr Transparenz schaffen. Die Leerzeiten in Betrieb und Berufsschule sind besser zu nutzen.

Wir sind für die Übernahme dieser Ausbildungsgänge in die weitergehende Verantwortung von Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern, der Steuerberater-, Rechtsanwalts- und Architektenkammern.

Abitur Voraussetzung, nicht Berechtigung zum Studium

Eine breite Allgemeinbildung in Naturwissenschaften und Sprachen ist für das Abitur sicherzustellen. Ein Schmalspurabitur, das Kernbereiche des Wissens zur Disposition der Schüler stellt, hilft den Kindern nicht, die sich in ihrem Leben tiefgreifender und öfter werden umstellen müssen als ihre Eltern. Es hilft aber auch nicht der Gesellschaft, die auf Menschen mit der Fähigkeit und Bereitschaft, sich umzustellen, angewiesen ist. Das Abitur soll die Voraussetzung zum Studium sein, nicht aber die Garantie auf einen bestimmten Studienplatz. Der Numerus clausus ist abzuschaffen.

Die praxisnahe Elastizität dieser berufsständischen Institutionen ist in der Lage, Ausbildung, Umschulung und Weiterbildung am besten vorzunehmen. Sie allein können praxisferne Übertheoretisierung und Überspezialisierung abbauen und neue Berufsfelder dem sich verändernden Markt anpassen.

Berufsausbildung grundsätzlich nach dem dualen System

Berufsbildung nach dem Berufsbildungsgesetz erfolgt grundsätzlich im dualen System der beruflichen Bildung. Der Umfang des Berufsschulunterrichts muß dem Theoriegehalt des Berufsbildes entsprechen. Wir befürworten die Stufenausbildung.

Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung

Zur Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung soll die Meisterprüfung oder der Abschluß der zweijährigen Fachschule in Verbindung mit einem ergänzenden Lehrangebot als Fachhochschulreife anerkannt werden. Berufsakademien sind einzurichten.

Die allgemeine Hochschulreife muß ebenso wie zum Beispiel in der Höheren Handelsschule auch in anderen Fachrichtungen des beruflichen Schulwesens ermöglicht werden. Jeder, der sich in einer Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz befindet, muß ohne Rücksicht auf das Lebensalter das Recht haben, während der betrieblichen Ausbildungszeit die Berufsschule zu besuchen.

Schüler- und Elternwille entscheidet

Nicht die staatlich verordnete Schule ist das liberale Leitbild, sondern die vom Staat zu gewährleistende schulische Vielfalt, aus der Schüler und Eltern auswählen können. Auch bei der Wahl der Schulform für das 10. Schuljahr soll der Schüler- und Elternwille entscheidend sein. Deswegen muß die Pluralität der verschiedenen Möglichkeiten für das 10. Schuljahr erhalten bleiben und noch erweitert werden: allgemeinbildende Schule, berufsbildende Schule, duale Ausbildung in Schule und Betrieb. Die Zwangszuordnung des 10. Schuljahres zur Hauptschule lehnen wir ab.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz muß bei Einhaltung des Schutzgedankens sinnvolle Lösungen ermöglichen, damit Ausbildungshemmnisse überwunden werden.

Bürokratische Struktur hemmt Forschung und Lehre an den Hochschulen

Die bürokratische Hochschulstruktur ist Innovationshemmnis Nummer eins für die Entwicklung technischer und wissenschaftlicher Intelligenz. Deutsche Studenten sind nicht weniger intelligent und schöpferisch als ihre Kollegen in den USA oder in Japan. Qualität gedeiht nur in einem Klima des Wettbewerbs. Forschung lebt vor allem von denen, die vorangehen und ihre Fronten vorantreiben, von den Wechselbeziehungen derer, die sich ihren Weg bahnen. Ohne Ungleichheit keine Offenheit, Eliten sind die Motoren des Fortschritts. Die Chance unseres Landes liegt in der Intelligenz seiner Menschen. Wir sind auf Leistungseliten angewiesen. Wir brauchen die Bündelung individueller Intelligenz.

Die Hochschule darf nicht auf die Reproduktion des täglichen Lebens eingeeignet werden. Wir legen vor allem Wert auf Grundlagenforschung in allen Feldern, die eine freie Wissenschaft für notwendig hält. Wir stemmen uns gegen alle Versuche, die Wissenschaft auf modische Vorgaben aus Politik, Gewerkschaften und Unternehmen festzulegen. Dennoch messen wir dem Technologietransfer eine wichtige Rolle zu, um Know-how an Unternehmen zu vermitteln und umgekehrt anwendbare Technologien zu entwickeln, die auch einen Markt finden können.

Neues Bündnis zwischen Wissenschaft und Praxis

Die Verfügbarkeit von Risikokapital und die Ermutigung zu neuen technologischen Entwicklungen setzen allerdings eine neue positive Einstellung der Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis voraus, an der es in den vergangenen Jahren gefehlt hat. Eine allzusehr auf politische Vorgabe fixierte Orientierung wird bald an ihre Grenzen stoßen, während der offene akademische Wettbewerb in Forschung und Lehre ebenso zu raschen Entwicklungen wie zu deren Anwendungen führen kann.

Wir Freien Demokraten werfen der SPD vor, durch moralische Verteufelung der Forschung für Unternehmen und der Vergütung von Professoren durch Unternehmen, durch Einengung des Nebentätigkeitsrechts erst den früher selbstverständlichen Technologietransfer verhindert zu haben, den sie jetzt wieder ins Leben rufen will.

Neue Rahmenbedingungen und Globalhaushalte

Durch eine moralische Herabsetzung der Leistungsträger ist die allgemeine und die individuelle Intelligenz an den Hochschulen nicht genutzt worden. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung verlangt ganz andere Rahmenbedingungen, als sie heute existieren.

Die Hochschulen dieses Landes müssen aus der einengenden Fürsorge des Wissenschaftsministers entlassen werden. Das Land soll seinen Hochschulen Globalhaushalte zur eigenen Bewirtschaftung zuweisen, damit die Hochschulen ihre Haushalte in eigener Regie führen können. Die Wissenschaftsbürokratie hat

sich nur auf Rechtsaufsicht zu beschränken.

Forschungen, Berufungen und Prüfungen sind Angelegenheit der Wissenschaft. Die Hochschulen haben das Recht, sich in eigener Regie um Drittmittel zu bemühen. Sie bestimmen selbst über deren Anrechnung auf staatliche Mittel. Nebenverdienste sind nicht zu dämonisieren. Soweit Einrichtungen der Hochschule für die Erzielung privater Einnahmen genutzt werden, liegt die Korrekturmöglichkeit in Benutzungsgebühren.

Für Wissenschaftler und Forscher sind Praxisjahre in der Industrie zu ermöglichen. Zeitverträge werden ebenso ermöglicht wie Dienstleistungen und Arbeiten für Dritte und bei Dritten.

Zulassung durch die Hochschule selbst regeln

Wir wollen den Hochschulen das Recht einräumen, ihre Studenten selbst auszuwählen, um damit deren Zulassung eigenverantwortlich zu regeln. Spitzenkräfte selbst zu gewinnen, Berufungen selbst vorzunehmen, im Wettbewerb miteinander das eigene Profil zu bestimmen, Forschungsschwerpunkte und Fachbereiche selbst festzulegen, ist Aufgabe der Hochschule.

Eigene Profile wieder herstellen

Fachhochschulen, Akademien und wissenschaftliche Hochschulen sollen wieder ihre eigenen Profile, Studiengänge und Abschlußzertifikate haben. Die Studiengänge werden in Selbstverwaltung und eigener Regie der Hochschule entwickelt. Es muß Hochschulen unterschiedlicher Differenzierung geben: ausbildungsorien-

tierte Einrichtungen, reine Forschungsinstitute, Stätten der Spezialausbildung, Verbindung von Forschung und Lehre. Es geht jetzt nach der Phase der Expansion wieder um eine Phase der Differenzierung.

Wettbewerb auch unter den Hochschulen

Wir wollen der Förderung hochqualifizierter Studenten einen großen Stellenwert geben. Begabtenfrühause, Lehre und Unterricht in kleinen Gruppen, flexibles Beamtenrecht, Zeitverträge, Aufbaustudien für wissenschaftlichen Nachwuchs können geeignete Instrumente sein. Ansehen und Erfolg, Stärken und Schwächen der einzelnen Hochschulen sollen die Nachfrage der Studenten bestimmen.

Novellierung des Hochschulrahmengesetzes

Wir glauben, daß Stiftungslehrstühle und freie Institute an den Universitäten den Hochschulen neue Impulse geben und neue Wirkungsmöglichkeiten eröffnen können. Lehrverpflichtungen an den Hochschulen für durch berufliche Praxis, Lebenserfahrung und Tüchtigkeit ausgewiesene Männer und Frauen, sowie die Möglichkeit für Studenten, bei Unternehmen, wissenschaftlichen Instituten, Ingenieurbüros und anderen zu lernen und zu studieren, darf nicht an fehlenden Finanzzuweisungen scheitern.

Wir glauben, daß Universitäten sich ihre eigenen Wege bahnen können. Deshalb ist die F.D.P. — im Gegensatz zur SPD, die am jetzigen Hochschulrahmengesetz unverändert festhalten will — für eine nicht zu ausführliche Novellierung des

Hochschulrahmengesetzes. Wir wollen damit die Rahmenbedingungen verbessern, so in den Bereichen Personalstruktur, Entbürokratisierung, Stärkung der Hochschulautonomie, Stärkung der persönlichen und fachlichen Verantwortung und Freiheit für die Forschung aus Drittmitteln.

Freiheit der Kultur

Kultur kann sich nur in Freiheit entfalten. Künstlerisches Schaffen muß nicht nur frei sein, sondern auch ein Forum der Auseinandersetzung finden. Die öffentliche Hand muß solche Foren fördern und gegebenenfalls bereitstellen. Dabei hat der Staat keinen Einfluß auf die Inhalte der Auseinandersetzung zu nehmen.

Es ist die Aufgabe der Kulturpolitik, allen Menschen die Teilnahme an der kulturellen Auseinandersetzung zu ermöglichen. Deshalb soll auch die alternative Kultur gefördert werden.

Kultur dient nicht nur der Unterhaltung, Tröstung oder Erbauung des Publikums. Sie ist zugleich Auseinandersetzung mit dem Geist unserer Zeit und damit Manifestation der Lebendigkeit der Gesellschaft. Unsere Lebensqualität wird gerade durch das bestimmt, was über die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse hinausgeht.

Kulturpolitische Finanzierungsanteile des Landes sollten gebündelt an die Kommunen gegeben werden, um die Entscheidungsräume der Kommunen zu erweitern.

Förderung des Kulturlebens durch Stiftungen sind nachhaltig zu unterstützen. Dafür sind die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Fazit

Die Liberalen haben in der Vergangenheit insbesondere auch nach dem 2. Weltkrieg für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen viel geleistet. Dafür aber gibt es vom Wähler keine Rente — und wir erheben auch keinen Anspruch darauf.

Was die Freiheit wert ist, weiß man erst richtig, wenn man sie verloren hat. Auch in demokratischen Ländern besteht die ständige Gefahr, daß die Freiheit in winzigen Stücken und unmerklich reduziert wird. Viele unserer heutigen Probleme, deren Entstehung ganz woanders gesucht werden, haben hierin ihren Grund. Es ist unsere Aufgabe, die wirklichen Ursachen für den Rückgang der Freiheit aufzudecken, den einschränkenden Tendenzen entgegenzuwirken und eine positive Entwicklung in Gang zu bringen.

Wir Freien Demokraten wollen im bürgerlichen Lager das marktwirtschaftliche Gewissen Nordrhein-Westfalens sein.

Wir Freien Demokraten wollen dafür sorgen, daß Leistungsträger zu sein nicht immer unrentabler, Leistungsnehmer zu sein dagegen immer attraktiver wird. Man muß wieder mit gutem Gewissen sein Geld verdienen können.

Wir Freien Demokraten wollen Schluß machen mit einer Gleichmacherei, die Leistungsstreben überall zurückschneidet.

Wir Freien Demokraten wollen keine Neidsteuern.

Wir Freien Demokraten wollen die Lücke an Wagemut in Nordrhein-Westfalen schließen. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Selbständigen um 100 000 zurückgegangen. Das wollen wir ändern.

Wir Freien Demokraten wollen Ja sagen zum technischen Fortschritt.

Wir Freien Demokraten wollen für weniger, aber besseren Staat sorgen.

Wir Freien Demokraten wollen das neue Bündnis schmieden zwischen natürlichem Umweltschutz, Technologie und dem Wirtschaftsaufschwung für Nordrhein-Westfalen.

Wir Freien Demokraten wollen dafür sorgen, daß Schulen und Universitäten nicht zu einer Art „Beschützende Werkstätte“ werden. Wettbewerb und Leistung fördern die Suche nach Erkenntnis.

Wir Freien Demokraten wollen dafür sorgen, daß alles das, was uns nach vorne bringt, eine Chance bekommt.

Es gab Zeiten, da beklagten die Leute, daß die F.D.P. mit zehn Prozent der Stimmen die Politik bestimme. Heute sagen wir: „Lieber mit sieben Prozent Politik bestimmen, als sie mit acht Prozent blockieren.“

Wir blockieren nicht, wir machen mehr aus unserem Land.

Beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Freien Demokratischen Partei am 15. Dezember 1984